Nr. 51.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1893 unter Nr. 6709.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

10. Jahrg.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprech-Anschluß Amt I. Nr. 4186.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Mittwoch, den 1. März 1893. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Kann Europa abrüsten?

I.

Seit fünfundzwanzig Jahren rüstet ganz Europa in bisher unerhörtem Maße. Jeder Großstaat sucht dem andern den Rang abzugewinnen in Kriegsmacht und Kriegsbereitschaft. Deutschland, Frankreich, Rußland erschöpfen sich in Anstrengungen, eines das andere zu überbieten. Gerade in diesem Augenblick muthet die deutsche Regierung dem Volk eine neue, so gewaltsame Kraftanspannung zu, daß selbst der gegenwärtige sanfte Reichstag davor zurückbebt. Ist es da nicht Thorheit, von Abrüstung zu reden?

Und doch rufen in allen Ländern die Volksklassen, die fast ausschließlich die Masse der Soldaten zu stellen und die Masse der Steuern zu zahlen haben, nach Abrüstung. Und doch hat überall die Anstrengung den Grad erreicht, wo die Kräfte — hier die Rekruten, dort die Gelder, am dritten Ort beide — zu versagen beginnen. Giebt es denn keinen Ausweg aus dieser Sackgasse, außer durch einen Verwüstungskrieg, wie die Welt noch keinen gesehen hat?

Ich behaupte: die Abrüstung, und damit die Garantie des Friedens, ist möglich, sie ist sogar verhältnißmäßig leicht durchführbar, und Deutschland, mehr als ein anderer zivilisirter Staat, hat zu ihrer Durchführung die Macht wie den Beruf.

Nach dem Kriege von 1870/71 war die Ueberlegenheit des Systems der allgemeinen Dienstpflicht mit Reserve und Landwehr — selbst in seiner damaligen verkümmerten preußischen Gestalt — über das System der Konskription mit Stellvertretung endgiltig dargethan. Alle kontinentalen Länder nehmen es, mehr oder weniger modifizirt, an. Das wäre an sich kein großer Schade gewesen. Die Armee, die ihren Hauptrückhalt in den verheiratheten Männern mittleren Alters hat, ist von Natur weniger offensiv als die, stark mit Einstehern — geworbene Berufssoldaten — durchsetzte Konskriptionsarmee Louis Napoleons war. Nun kam aber dazu die Annexion von Elsaß-Lothringen, die den Frankfurter Frieden für Frankreich ebensosehr zu einem bloßen Waffenstillstand machte, wie der Tilsiter Friede dies für Preußen gewesen war. Und nun begann das fieberhafte Wettrüsten zwischen Frankreich und Deutschland, in welches allmälig auch Rußland, Oesterreich, Italien hineingezogen wurden.

Man begann damit, die Landwehrverpflichtung zu verlängern. In Frankreich erhielt die Territorialarmee eine Reserve von älteren Leuten, in Deutschland wurde das zweite Aufgebot der Landwehr und selbst der Landsturm wiederhergestellt. Und so ging's weiter, Schritt um Schritt, bis die von der Natur gesetzte Altersgrenze erreicht oder gar überschritten war.

Dann wurde die Rekrutenaushebung verstärkt und die dadurch nöthig gewordenen neuen Ausbildungs-Kadres errichtet; aber auch hier ist die Grenze fast oder ganz erreicht, in Frankreich sogar schon überschritten. Die letzten Aushebungs-Jahrgänge der französischen Armee schließen bereits eine ziemliche Anzahl junger Leute ein, die noch nicht oder überhaupt nicht den Strapazen des Dienstes gewachsen sind. Die englischen, hierin unparteiischen Offiziere, die den großen Manövern in der Champagne 1891 beiwohnten, und die hohe Tüchtigkeit der heutigen französischen Armee vollauf, und stellenweise bewundernd, anerkannten, berichten einstimmig, daß eine unverhältnißmäßig große Zahl junger Soldaten auf den Märschen und in den Gefechtsübungen liegen blieb. Und in Deutschland haben wir zwar unsere Reservebestände dienstfähiger Mannschaft noch nicht ganz erschöpft, aber dem abzuhelfen, ist ja gerade die neue Militärvorlage da. Kurz, auch in dieser Beziehung stehen wir vor der Grenze der Leistungsfähigkeit.

Nun besteht gerade die moderne, die revolutionäre Seite des preußischen Wehrsystems in der Forderung, die Kraft jedes wehrfähigen Mannes für die ganze Dauer seines wehrfähigen Alters in den Dienst der nationalen Vertheidigung zu stellen. Und das einzig Revolutionäre, das in der ganzen militärischen Entwickelung seit 1870 zu entdecken ist, liegt eben darin, daß man — oft genug wider Willen — sich genöthigt gesehen hat, diese bisher nur in der chauvinistischen Phantasie erfüllte Forderung mehr und mehr wirklich durchzuführen. Weder an der Länge der Dienstverpflichtung, noch an der Einstellung aller wehrfähigen jungen Leute kann heute noch gerüttelt werden, am wenigsten von Deutschland, am allerwenigsten von der sozialdemokratischen Partei, die im Gegentheil auch diese Forderung vollauf in die Praxis zu übersetzen, in Deutschland allein im stande ist.

Es bleibt hiernach nur noch ein Punkt, wo das Bedürfniß nach Abrüstung den Hebel ansetzen kann: die Länge der Dienstzeit bei der Fahne. Und hier liegt in der That der Punkt des Archimedes: Internationale Festsetzung, zwischen den Großmächten des Kontinents, des Maximums der aktiven Dienstzeit bei der Fahne für alle Waffengattungen, meinetwegen zuerst auf zwei Jahre, aber mit dem Vorbehalt sofortiger weiterer Herabsetzung, sobald man sich von der Möglichkeit überzeugt, und mit dem Milizsystem als Endziel. Und ich behaupte, daß gerade Deutschland vor allen berufen ist, diesen Antrag zu stellen, und daß Deutschland vor allen Vortheil daraus ziehen wird, daß es ihn stellt, selbst wenn er nicht angenommen wird.

Friedrich Engels.

Noch einmal der Fall Schiff.

Als in der Reichstags-Sitzung vom 21. d. M. Bebel den Fall Schiff zur Sprache brachte, versuchte der Abg. Jebsen Zweifel zu erregen, daß der Rheder Schiff an einen seiner Kapitäne einen Brief geschrieben haben könne, in dem er sich selbst so bloßstelle. Herr Jebsen bezeichnete den Schiff als einen sehr tüchtigen und intelligenten Geschäftsmann, dem man eine solche „Dummheit" nicht zutrauen könne. Bebel antwortete darauf, daß auch ein tüchtiger und intelligenter Mensch eine Dummheit machen und sich selbst verrathen könne.

Dem Genossen Bebel ist nunmehr die wortgetreue Abschrift des Briefes zugegangen, den der p. p. Schiff am 14. Januar 1888 an einen seiner Kapitäne schrieb, und wir veröffentlichen den Brief, weil er zeigt, daß das Behauptete nicht nur wahr ist, sondern auch, mit welcher Kaltblütigkeit der p. p. Schiff die ganze Angelegenheit behandelt, und mit welch verhärtetem Sünder wir es in der Person des p. p. Schiff zu thun haben. Der einzige Irrthum, der in der Angelegenheit Schiff mit unterlief, betraf das Jahr des Ereignisses. Man nahm an, daß die beiden Schiffe mit ihrer Mannschaft im Jahre 1892 untergegangen seien, während dies schon im Jahre 1888 geschah.

Der Brief des p. p. Schiff lautet:

Elsfleth, 14. Januar 1888.

Lieber Kapitän Haverkamp!

Ihre Briefe aus Adelaide nebst den Rimessen von 700 Pfd. Sterl. habe ich s. Z. richtig erhalten und von allen Ihren Mittheilungen, worunter sehr wenig erfreuliche waren, Notiz genommen. Es wäre jetzt jedenfalls besser gewesen, hätte ich von Iquique angenommen; doch glaubte ich aus Ihrer ersten Depesche, daß Sie in Adelaide selbst laden würden, und Hustede's auch nur telegraphische Nachricht von Ihrem Kapitän hatten und auch nicht wußten, ob in den outparts geladen würde. Wie gesagt, ich hatte keine Ahnung, daß Sie versegeln mußten. Allerdings wäre jetzt auch besser gewesen, nach dem Kap, da die Solide bereits seit dem 8. Januar wieder in Java ladet zu 35 Sh. p. ton trockenen Zucker und 600 Pfd. Sterl. von Capstadt remittirt hat. Aber wer kann wissen, daß die Frachten in Java steigen und Sie eine so entsetzlich lange Reise haben würden? Auch hier sind Ausfrachten ganz bedeutend gestiegen und werden wir deutlich eine sehr bestehbare Fracht finden, wenn wir erst wissen wohin. So z. B. bezahlt man von Norwegen nach Sydney 92½ Sh. p. Standard gehobeltes Holz; während Apollo diese Reise nur 70 Sh. hat. Das ist doch ein sehr bedeutender Unterschied, der uns zu gute kömmt!! Daß unsere Herfracht eine ganz miserable ist, weiß ich; aber zu versegeln nach Iquique kostet auch Zeit und Kosten, sowie Assekuranzprämie.

Katinka hat 27½ Sh. für Salpeter retour und ist noch nicht wieder zurück. Solche Reise hält auch sehr lange an; Seghorn klagt gerade so wie Sie über langen Aufenthalt an der Westküste. Sind Sie um Cape good hope oder Cap Horn gekommen? — Ihrem Briefe von Falmouth entnehme ich leider nichts Erfreuliches; Sie werden, wie ich von London höre, Ihre Ladetage ausliegen müssen, und der Empfänger verlangt, ich soll ihm Vergütung machen für Abkürzung, was ich rundweg ablehnte. Schlimmer als das ist aber, daß Sie schreiben, daß Sie (außer den genannten Reparaturen) noch „große" Reparaturen haben, die Sie nicht schreiben mögen. Sind denn außer den Schanzen noch besondere Schäden am Schiffe? Ich bitte Sie sehr dringend, mir offen und ehrlich alles zu schreiben, einmal, weil ich es wissen will und muß und zweitens, weil ich mich ja in der Frachtannahme danach richten muß. Meine Nerven sind auch gar nicht so zart; als Rheder von so vielen Schiffen härtet man ab und erschrickt nicht so leicht. Daß das

Feuilleton.

Nachdruck verboten.] [27

Die Laufbahn eines Nihilisten.

Von S. Stepniak.

Autorisirte Uebersetzung.

Frei ins Deutsche übertragen von Bertha Braun.

Sina hatte ein ebenso scharfes Wahrnehmungsvermögen für die Einzelheiten, wie Andrej. Der Unterschied ihres Charakters aber lag darin: Andrej konnte, wenn er mit wahrem Ernste bei einer Sache war, kühn bis zum Wahnsinn sein, er brauchte aber Zeit, um sich für das Unternehmen, auf das er sich einließ, zu erwärmen. Hindernisse machten ihn zunächst bedenklich. Sina dagegen, mit ihrer weit mehr erregbaren Natur, machte sich mit Feuereifer an ein Werk und behielt dieses Tempo bis zu Ende bei. Wenn sie zufällig an demselben Unternehmen betheiligt waren, stritten sie immer.

„Wohlan, wir wollen unser Glück versuchen," sagte Andrej. „Wir müssen unser Bestes thun. Hinsichtlich der Wache habe ich eine Idee. . . . Ich muß aber selbst den Ort sehen. Sagen Sie mir, welchen Antheil Sie mir zuweisen wollen?"

Sina setzte es ihm auseinander. Ein Wagen sollte außen neben der Oeffnung des Ganges warten, um die Flüchtlinge an einen sichern Ort zu bringen. Wassilij, der ein guter Fuhrmann war und die Stadt gut kannte, sollte den Kutscher spielen. Sie hielten es aber für nützlich, noch einen Vertrauensmann an Ort und Stelle zu haben, der den Flüchtlingen hineinhelfen konnte und im stande wäre, sie im Nothfalle zu vertheidigen.

Andrej nickte zum Zeichen der Zustimmung.

„Sie hatten ganz Recht; man kann nicht voraussehen, was passirt."

Man kam überein, daß Andrej morgen Nachmittag unter der Führung Wassilij's die Oertlichkeit untersuchen sollte. Dann wurde die Sitzung geschlossen.

„Wo kann ich Sie morgen sehen?" fragte David Andrej, bevor sie sich trennten.

„Ich habe keine Ahnung, fragen Sie Sina. Ich stehe unter ihren Befehlen."

„Kommen Sie morgen früh zur Rochalskij", sagte Sina. „Wir alle werden morgen dort sein. Daselbst werden Sie erfahren, wie Andrej und Wassilij sich über die Wohnungsangelegenheit einigen werden. Sie werden zusammen in Wassilij's Gasthaus wohnen."

Wassilij bewohnte in dem Gasthaus, in dem sein Pferd untergebracht war, ein Zimmer. Er gab sich als Kutscher eines kleinen Kaufmanns aus, der auf der Rommyer Messe zurückgehalten wurde, aber in kurzem kommen mußte.

Andrej sollte die Rolle dieses angeblichen Herrn spielen, und mußte sich deshalb mit Kleidern versorgen, welche seinem neuen Passe und seiner neuen Stellung angemessen waren — einem langen National-Kaftan, einem Paar hoher Stiefel, Mütze und Weste von dem gewöhnlichen Muster u. s. w. Inzwischen sollte Wassilij dem Gastwirthe die Ankunft seines Herrn melden.

David wurde beauftragt, Wassilij sofort von Andrej's Ankunft zu benachrichtigen. Morgen bei Rochalskij's sollten definitive Abmachungen für den nächsten Tag, an dem sich Andrej in dem Gasthause einzuquartieren gedachte, getroffen werden.

Wassilij kam nie nach dem Hause, in dem Sina lebte, und die beiden Wohnungen suchte man, so weit es irgend ging, von einander zu isoliren. Das Gasthaus diente nur als zeitweiliger Zufluchtsort. Es durfte der Polizei nicht schwer fallen, es herauszufinden, sobald die Flucht nur versucht war. Das Wirthshaus mußte deshalb an demselben Abend, an dem der Versuch vor sich ging, mit Roß und Wagen verlassen werden. Wassilij und Andrej sollten sich an anderem Orte verborgen halten. Was die Gefangenen anbetrifft, so sollten sie in dem Hause, welches Sina inne hatte, verborgen bleiben und in strenger Abgeschiedenheit leben, während die Polizei die Stadt umkehren würde, um sie zu ergreifen. Es war daher wichtig, daß Sina's Wohnort von jeder Verbindung mit dem Gasthause freigehalten werde, und hauptsächlich so rein als möglich von allem, was irgendwie Verdacht erregen konnte. Die beiden Frauen lebten fast ganz abgeschlossen. Die Leute, welche an dem Unternehmen betheiligt waren, trafen sich in öffentlichen Gärten oder Straßen, um kurze Mittheilungen auszutauschen, oder kamen, wenn alle gemeinsam etwas zu besprechen hatten, in einem befreundeten Hause zusammen, wie zum Beispiel bei Rochalskij's.

„Wo wollen Sie mich für diese Nacht unterbringen?" fragte Andrej, als David fortging.

„Ich denke, Sie können ganz gut einen Tag hier bleiben," sagte Sina.

So sehr sich Andrej über die Gelegenheit, in Sina's Gesellschaft zu sein, gefreut hätte, konnte er's vom praktischen Standpunkte aus doch nicht für rathsam halten. Morgen früh fand die Versammlung bei Rochalskij's statt, bei der er zugegen sein sollte. Er hätte bei Tage hinausgehen und zurückkommen müssen. Er konnte gesehen werden

Unterschiff sehr fest und gesund ist, haben Sie und Kapitän Johannsen mir wiederholt versichert und wenn am Deck, Sehanzen, Segel ꝛc. noch ein paar Tausend Thaler angewandt werden müssen, so müssen wir uns (so tief ich es auch beklage) darin finden. Wir müssen denn das Schiff als 300 Lstrl. — theurer eingekauft denken. Wie eine Masse Geld ist doch schon in St. Nazaire daran verwandt worden; haben Sie für unser Geld dort nicht Ihr Recht bekommen? Um eins bitte ich nur, verlieren Sie nur nicht den Muth; das ist das unsinnigste, was man thun kann. Der Arnold bleibt trotzdem noch ganz preiswürdig. Sie wissen, die Rhederei hat 75 000 M. eingezahlt, zirka 5000 M. habe ich von der Rimesse von Adelaide vertheilt, so daß Arnold also noch 70 000 M. kostet, sind 838 Reg.-Tons, das sind 4 Lstrl. 5 Sh. p. Reg.-Tons. Dazu können wir ihn noch jeden Tag los werden. Biel und Gebr. Hustede haben zwei Hamburger Schiffe allerdings verhältnißmäßig billiger gekauft, aber die Katinka z. B., die nichts größer als Arnold kostete damals 200 000 M. Wenn nur die Frachten steigen, wie jetzt den Anschein hat, so wollen wir wohl damit bestehen; also Muth und nicht verzagt! Theilen Sie mir aber alles mit, dann bin ich viel ruhiger! Johann ist Decbr. 15. von Sydney nach London gesegelt machen Netto 2150 Lstrl. haben neulich M. 15 000 vertheilt.

Hugo und Rebecca habe ich total verloren und freue mich die Assekuranzgelder eingeheimst zu haben; leider ist bei beiden Schiffen die Mannschaft gerettet. Der Hugo ging in der Südsee, die Rebecca bei Savanilla verloren.

In meiner Familie ist Alles wohl! Hoffend bald auch mal erfreuliche Nachricht von Ihnen zu erhalten, bitte ich um ein Telegramm, sobald Sie Bestimmung kennen. Mit einer neuen Betrachtung will ich mich nicht übereilen.

Besten Gruß von Ihrem

Ad. Schiff.

Interessant ist ferner und giebt eine Erklärung für den Charakter des Schiff, daß schon der Vater desselben wegen Münzkipperei (Beschneidung von Goldmünzen) jahrelang ins Zuchthaus gesteckt und daß durch dieses Verbrechen die Grundlage zum Schiff'schen Reichthum gelegt wurde. Der pp. Adolf Schiff ist also der würdige Sohn seines Vaters.

Die 70 Honoratioren, die letzten Herbst in Elsfleth den Versuch machten, dem pp. Schiff eine Reinwaschung zu Theil werden zu lassen, indem sie eine Erklärung zu dessen Gunsten veröffentlichten, kannten jenen Vorfall aus dem Leben von Schiff's Vater sehr genau, und sie wußten, daß sie Ursache hatten, dem Sohne gegenüber etwas vorsichtig zu sein. Aber man sieht wiederum, wie leicht sich gewisse Leute zu Ehrenerklärungen herbeilassen, auch wenn sie sich sagen müssen, daß, indem sie die Ehre eines Andern zu retten suchen, sie die eigene preisgeben.

Es ist bekannt, wie diese Reinwaschung gewirkt hat: In der öffentlichen Meinung ist und bleibt der Schiff gerichtet!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Februar.

Parlamentarische Schulschwänzer. In der „Kölnischen Volks-Zeitung", (Nr. 114 vom 27. Februar), dem bestgeleiteten und sachlichsten Zentrumsblatte, liest man: „Die Rechte, das Zentrum und die Nationalliberalen sind fast gleichmäßig im Reichstage schwach vertreten. Von der Zentrumsfraktion waren Tage lang nur dreißig Mitglieder im Hause anwesend, ungefähr dieselben Herren, welche den verschiedenen Ausschüssen angehören, aber wenn man selbst die Doppelmandats-Besitzer hinzurechnet, welche durch die Kultusdebatten im Abgeordnetenhause abgehalten waren, und einige wenige wegen Krankheit Entschuldigte, so bleibt noch immer das traurige Ergebniß bestehen, daß etwa die Hälfte der Zentrums-Abgeordneten „schwänzt". Auf die Dauer ist das ein durchaus unhaltbarer Zustand, welcher von den Führern des Zentrums und den anderen im Plenum wie in den Ausschüssen immerfort thätigen Parteigenossen auf's lebhafteste beklagt wird, weil auch auf dem parlamentarischen Felde keine Schlacht ohne Mannschaften geschlagen werden kann. Die Diätenlosigkeit trägt an diesem Zustand ganz gewiß nicht die Hauptschuld, denn einige süddeutsche Abgeordnete, welche keineswegs als Krösusse bekannt sind, vermißt man äußerst selten. Die Wählerschaft hat ein Recht zu verlangen, daß das von ihr vergebene Vertrauensamt wirklich auch ausgeübt wird, andernfalls könnte man es ihr nicht verübeln, wenn sie bei der nächsten Wahl sich nach anderen Vertretern umsieht." Die bürgerlichen Parteien sind nur vollzählig zur Stelle, wenn es sich um Sonderrechte und Vortheile ihrer Klasse handelt. Im übrigen wird das eigentliche Geschäft hinter den Kulissen abgewickelt. Für die Agitation gegen den „festen Thurm des Zentrums" ist dieser Stoßseufzer der „Köln. Volks-Zeitung" sehr „schätzbares Material". —

Eine ministerielle Denkschrift über die gegen die Cholera in Preußen 1892 getroffenen Maßregeln ist dem Hause der Abgeordneten zugegangen. —

Preußische Finanzen. In den Anlagen zu dem Berichte der verstärkten Budgetkommission über den Etat der preußischen Eisenbahn-Verwaltung für das Jahr 1893/94 ꝛc. (Aktenstücke des H. d. A., Nr. 82) sind die Einnahmen Preußens auf 395 Millionen Mark, die Ausgaben auf 453 Millionen Mark veranschlagt, sodaß ein Defizit von 58 Millionen Mark bleibt. Da die Ausgaben ans Reich, die Matrikularbeiträge, im Betrage von 210 Millionen Mark sich decken mit den kraft der Franckenstein'schen Klausel an Preußen fließenden Reichs-Einnahmen aus Getreide-, Vieh- und anderen Zöllen, aus Tabaks-, Branntwein- und Reichs-Stempelsteuer von ebenfalls 210 Millionen Mark, so müssen die 34 Millionen Mark, die den Kreisen aus der lex Huene zufließen, vom preußischen Staate allein getragen werden. Diese Zuweisungen auf Grund der lex Huene sind ein Dauergeschenk; sie stammen aus dem Ertrage der verwerflichsten indirekten Steuern, der Lebensmittel-Zölle u. s. w., sie werden ferner nicht zu gemeinnützigen Zwecken, sondern in erster Reihe zu Nutz und Frommen der Rittergutsbesitzer und ihrer Versippten aufgebraucht. Was für einen Vortheil haben die Kreis-Angesessenen, wenn die Herren Landräthe schöne Amtswohnungen, die Kreise prächtige Paläste haben, worin hohe Herren und junkerliche Brotvertheurer bankettiren können? — Herrn Thielen's Reich, wo die Lohnherabsetzung, die überlange Arbeitszeit, die Entlassung eine so bedeutsame Rolle spielen, liefert trotz aller Sparaguseleі nicht mehr die früheren Einkünfte. Im Eisenbahnverkehr spiegelt sich scharf die allgemeine wirthschaftliche Lage. Die ungünstige Lage führt zur Abnahme der Eisenbahnrente. So war der Rechnungsüberschuß der Eisenbahn pro 1891/92 auf 353 Millionen Mark veranschlagt, hat aber nur 313 Millionen Mark, also nur 88 pCt. des Anschlags betragen. Der Ueberschuß für 1892/93 war auf 366 Millionen Mark veranschlagt, wird aber muthmaßlich nur 320 Millionen Mark = 87 pCt. betragen. Natürlich veranlassen diese Erscheinungen unsere Eisenbahn-Gewaltigen nicht zur Einführung von Reformen; der preußisch-teutschen Bureaukratie, der rückständigsten in Westeuropa, muß das kleinste Zugeständniß abgekämpft werden. Von Zonentarif z. B. zu reden ist Verbrechen. — Und sagt man nun, welche Wagenklassen den größten Gewinn abwerfen, so zeigt sich, daß die große Masse dem Eisenbahnfiskus am reichlichsten steuert. Es betrug die Platzausnutzung der Schnellzüge in der letzten Sommerfahrplan-Periode nach den in den Monaten Juni, Juli und August regelmäßig angestellten Probezählungen auf allen Staatsbahnen in der

	I.	II.	III. Klasse	Insgesammt
auf %	29,9	51,9	47,3	47;

Die Personenzüge haben in derselben Zeit im Durchschnitt des ganzen Staats — einschließlich aller Nebenbahnen — eine durchschnittliche Ausnutzung ergeben von

	I.	II.	III.	IV. Klasse	Insgesammt
auf %	6,7	19,9	30,1	36,6	29,5.

Hilft alles nichts, der Personentarif bleibt rückständig, damit die Junker, denen jede Erleichterung der Freizügigkeit, also der Flucht aus ihrem patriarchalischen Ostelbien ein Greuel ist, nicht in üble Laune versetzt werden. —

Zur Gold-Enquete. In der „Frankfurter Zeitung" liest man: „Die offiziös verbreitete Nachricht, daß die preußische Bergverwaltung mit einer Untersuchung über die Goldvorräthe und Goldproduktion der Erde betraut worden sei, ist vielfach als eine für die Gegner unserer Währung günstige Vorbereitung gedeutet worden. Das ist aber durchaus unbegründet. Nicht die Bergverwaltung, sondern die Bergakademie befaßt sich mit dem erwähnten Studium, und mit der Währungspolitik hat das gar nichts zu thun." Wir hatten bei der Wiedergabe jener Nachricht sofort festgestellt, daß diese Erhebung nur eine Reverenz vor den Bimetallisten sein könne, die jetzigen Währungsverhältnisse aber nicht antasten werde. Wenn die Bergakademie, ein preußisches Staatsinstitut sich wirklich mit dieser Studie beschäftigt und die preußischen Behörden deshalb in Thätigkeit setzt, so ist doch die Frage erst zu beantworten, in wessen Auftrag und zu welchem Zwecke diese Erhebungen veranstaltet werden. Handelt es sich um eine wissenschaftliche Arbeit, warum wird dies nicht offen und zwar im „Staats-Anzeiger" erklärt? —

Wo sie „schneidig" sind. Am 27. Februar hat der Nationalliberalismus im preußischen Abgeordnetenhause seine Tüchtigkeit bewährt. Bei der Debatte über den Etat des Finanzministeriums führte der nationalliberale Abgeordnete Dr. Friedberg die wuchtigsten Hiebe gegen die preußische Bureaukratie, die sich unterstanden hat, — die Steuerdeklaration hie und da mit etwas eindringlicherer Sorgfalt zu behandeln und an die Herren Zensiten verfängliche Fragen zu stellen. Da das Kapital sich nicht gerne in die Karten sehen läßt, benutzte der Friedberg etwelche leichte formale Verstöße, um die Beamten in Grund und Boden zu wettern. Er sprach von „unberechtigter Beanstandung", von „zu tiefem ungesetzmäßigen Eindringen in die Vermögensverhältnisse" von „Unfähigkeit" der Beamten. Aber in der That ist die Neugier der Steuerbehörden unzulässig, sobald sie sich auf die „oberen Zehntausend" erstreckt. Werden die kleinen Leute durch Militärlasten, durch Zölle geschoren, so jubelt die Friedbergische Kompagnie den Scheerern zu. Ja, Bauer, das ist ganz etwas anderes. —

Bauern-Sozialdemokraten. Unsere Landagitation ist den Gegnern ein Greuel und Scheuel. Die Schäffle-Redensart vom „antikollektivistischen Bauernschädel", woran die Sozialdemokratie zerschellen werde, hat sich als eitle Seifenblase erwiesen, wir rücken auf dem platten Lande stetig vor. Höre man ein uns so feindseliges Blatt, wie die „Kölnische Zeitung"! Ihr wird aus Sachsen unter anderem geschrieben: „Die Sozialdemokraten sind unablässig und trotz häufiger Niederlagen (Spenge, Blumberg!? Red. d. „V.") immer wieder bemüht, sich in den ländlichen Bezirken festzusetzen. Es ist ihnen dies wohl in keinem Lande mehr als in Sachsen gelungen, wo man heute auch in rein bäuerlichen Gegenden zahlreiche Sozialdemokraten findet. Dörfer, in denen früher kein Sozialdemokrat öffentlich reden durfte, sind heute vollständig in den Besitz dieser Partei übergegangen. Bei den letzten Gemeinderathswahlen auf dem flachen Lande ist es ihr gelungen, in 51 ländlichen Ortschaften der Dresdener und Chemnitzer Gegend nicht weniger als 124 ihrer entschiedensten Gesinnungsgenossen in die Gemeindevertretungen zu bringen. Die Zahl der sozialdemokratischen „Gemeinderäthe" ist damit in diesen Gegenden jedoch noch keineswegs erschöpft, da nur Ergänzungswahlen stattfanden und in manchen Gemeindevertretungen sich bereits von früher ein sozialdemokratischer „Stamm" befindet. In 10 Dörfern wurden die sozialdemokratischen Kandidaten sämmtlich und mit großer Mehrheit gewählt. Niemals sind in Sachsen die Gemeinderaths-Wahlen für die Sozialdemokraten so günstig ausgefallen. Zwar beziehen sich unsere Feststellungen auf ländliche Gegenden, die vorwiegend industriell sind oder doch von den Industrie-Arbeitern der benachbarten größern Städte bewohnt werden; doch sind unter den Ortschaften auch rein bäuerliche. Man befindet sich im Irrthum, wenn man glaubt, daß die bäuerliche Bevölkerung gegen die Lehren der Sozialdemokratie gefeit sei. Wir haben bäuerliche Besitzer und bäuerliches Gesinde als ausgesprochene Sozialdemokraten kennen gelernt. Zwar sind diese Bauern-Sozialdemokraten auch heute noch vereinzelt, aber die Sozialdemokratie ist eifrig am Werk, deren Zahl zu erhöhen. Wo sie in einem Bauerndorf auch nur einen „Genossen" hat, da werden ihrer bald mehr. Die sozialdemokratische Presse, der früher auch in Sachsen das Land so ziemlich verschlossen war, ist dort jetzt durchaus heimisch geworden. . . . . Auch in den Untersuchungen, die der „Verein für Sozialpolitik" über die Verhältnisse der Landarbeiter in Sachsen veranlaßt und jüngst veröffentlicht hat, wird festgestellt, daß die sozialdemokratische Agitation auf dem Lande seit Jahresfrist zusehends an Boden gewinnt und daß von ländlichen Arbeitern sozialdemokratische Zeitungen gehalten werden. Die neugewählten Gesinnungsgenossen sollen jetzt Fragebogen über Gemeindeverhältnisse zur höhern Ehre der Partei anfertigen. Nach einem vor einiger Zeit erlassenen Aufruf will man „für die ärmeren Genossen, wie Land-, Forst- und Straßenarbeiter, gelesene Broschüren und Arbeiterblätter unentgeltlich versenden". Groß ist die Sorge, Versammlungslokale, Versammlungseinberufer zu erhalten, aber man läßt sich keine Mühe verdrießen. Wo auf einem entlegenen Dorfe auch nur ein Genosse vereinzelt wohnt, da krallt sich die Partei an. Und, wie die letzten Gemeinderaths-Wahlen bewiesen, mit Erfolg. Die andern Parteien sind in Sachsen bei der Bekämpfung des sozialdemokratischen Einflusses auf dem Lande meistens über eine gelegentliche schöne Rede noch nicht hinausgekommen." Aus dieser Darlegung werden der unaufhaltsame Fortschritt der Arbeiterpartei in den Landbezirken und die Ohnmacht der bürgerlichen Klique, die doch mit Büttel und Gendarm arbeitet, gar herrlich offenbar. —

Viel Lärm um nichts war das Ergebniß auch des letzten Welfenprozesses. Der „Kreuz-Zeitung" schreibt man aus Hannover: „Muthmaßlich auf Anregung des Justizministeriums hat die hiesige Staatsanwaltschaft beschlossen, die von ihr gegen das Urtheil in dem bekannten Welfenprozesse eingelegte Berufung rückgängig zu machen." Mit gerichtlichen und polizeilichen Quengeleien kann man einer politischen Bewegung nichts anhaben. Ist sie lebensfähig, so wird jeder Angriff sie stärken. —

Die Wahlkreis-Geometrie, d. h. die Wahlkreis-Eintheilung im Interesse der Regierung, ist in Bayern schon des öfteren praktisch ausgeübt worden. Das indirekte Wahlsystem, das dort herrscht, giebt leider der Regierung die Möglichkeit, unbequeme Mehrheiten oder lästige Zuzüge aus radikalen Wählerschichten fernzuhalten. Die **Angst vor der Sozialdemokratie,** die in die heurige Wahlbewegung — Sommer 1893 — kräftig und mit großer Aussicht auf Erfolg (in München, Nürnberg, Fürth, in der Rheinpfalz) eingreifen wird, scheint die bajuvarischen Staatsmänner arg heimzusuchen. Im „Bayrischen Vaterland" schreibt Dr. Sigl: „Sonderbare Gelüste werden der bayrischen Regierung von den Gedankenlesern der „Kölnischen Zeitung" imputirt. Danach soll dieselbe, um den Sozialdemokraten den Zutritt zum Landtage zu versperren, nichts Geringeres im Sinne haben, als München I, wo die Sozialdemokraten wahrscheinlich, und München II, wo sie gewiß siegen werden, in einen Wahlkreis zu vereinigen! — Nach einer anderen Version soll sie München I theilen, resp. einen Theil mit München II verbinden und zu diesem den Wahlkreis Bruck schlagen wollen, um das Schreckliche: München auch im Landtage durch Sozialdemokraten vertreten zu sehen, abzuwenden. — Wir glauben nicht und wollen nicht annehmen, daß die Regierung so ausgestochene Finessen plane, durch welche sie nicht blos die Sozialdemokraten, denen nach dem Ergebniß der Reichstagswahl eine Vertretung auch im Landtag gebührt, auf's äußerste erbittern und den Wahlkampf vergiften, sondern auch eine Menge Wähler für die Sozialdemokraten stimmen machen würde, die nichts weniger als Sozialdemokraten sind. Eine derartig ausspintisirte Wahlkreis-Eintheilung kostete wohl noch mehr als ein Ministerportefeuille, wenn auch die Regierung so vielleicht wieder eine „patriotische" Majorität bekäme, von der sie allerdings nichts zu fürchten hätte, als daß sie noch etliche Domherrn- und Beamtenstellen ꝛc. mehr für „patriotische" Kompetenten zur Verfügung stellen und den Hausbettel in den Ministerien zu einer wahren Kalamität sich auswachsen lassen müßte, da dieser Bettel durch polizeiliche Verordnungen und k. Gendarmen nicht zu unterdrücken ist." Wenn die Herren Wahlkreisgeometer nur nicht die Rechnung ohne den Wirth machen! Und wie steht es mit Würzburg, Fürth, Nürnberg, Ludwigshafen? Werden da auch Wahlkreis-Finessen ausgetüftelt? —

Das Münchener „Fremdenblatt", offizielles Organ der bayerischen Zentrumspartei, im „Patrioten"lager seit langem ein Zankapfel und Schacherobjekt, ist um 100 000 M. in den Besitz des Grafen Konrad Preysing übergegangen. Preysing ist das Haupt der bajuvarischen Ultramontanen. —

---

und irgend jemand auf den Verdacht bringen, daß Fremde in dem Hause beherbergt würden.

„Dann werde ich Sie direkt zu Rochalskij's geleiten," sagte Sina. „Er wird sich freuen, Ihnen für die Nacht Obdach gewähren zu dürfen und Sie werden zur morgigen Versammlung an Ort und Stelle sein."

Beim Anbruch der Dämmerstunde trennten sie sich und gingen in die Stadt.

Rochalskij war ein gutmüthiger Mann mit einigem Vermögen und von liberalen Ansichten und stand mit den Verschwörern auf freundschaftlichem Fuße. Er empfing die verschiedenartigsten Gäste, lag mit der Polizei im Kriege und sein Haus gehörte zu den sichersten Zufluchtsorten in Dubrawnik.

Als sie sich einem neuerbauten Wohnhause in einer der ruhigen Straßen des aristokratischen Viertels näherten, zeigte Sina Andrej eine Reihe hell erleuchteter Fenster im dritten Stockwerke.

„Wir werden ihn zu Hause finden," sagte sie, „wie es scheint, ist heute dort Gesellschaft."

„Ihr scheint hier in Dubrawnik sehr solid und häuslich zu sein," bemerkte Andrej, „denn ich sehe keinen einzigen Fiaker auf der Straße."

„Die Aermeren sind wahrscheinlich zuerst und zu Fuß gekommen," sagte Sina sorglos.

Als sie sich näherten, sah Andrej an einem Fenster im ersten Stocke des gegenüber liegenden Hauses zwei alte Damen, welche nach Rochalskij's Wohnung hinblickten, als ob dort etwas Besonderes zu sehen wäre. Beide sahen sehr erregt aus.

Ein Argwohn stieg in Andrej auf. „Warten Sie einen Augenblick," sagte er zu Sina. „Anstatt zusammen hineinzugehen, lassen Sie mich vorausgehen. Die Luft ist nicht ganz rein, wie es scheint."

„Sie irren sich! Rochalskij ist ganz sicher," sagte Sina, sich dem Eingange nähernd.

Die Eingangsthüren waren weit offen. In der gepflasterten Halle und auf den weißen Steintreppen bemerkte Andrej Fußspuren, welche ihm allzu breit und häufig zu sein schienen. (Fortsetzung folgt.)

Frankreich. Aus Paris, den 26. Februar, wird uns geschrieben:

Die Antwort auf die Herausforderung, welche der Senat so unerwarteter Weise der ganzen französischen Demokratie entgegenschleuderte, indem er den „unpopulärsten Mann" von ganz Frankreich, die Verkörperung des opportunistischen Regierungssystems, Jules Ferry, zu seinem Präsidenten und damit zum zweithöchsten Beamten der Republik ernannte, hat nicht auf sich warten lassen. Die radikale Presse, die „Justice" voran, begegnet der That des Senats mit dem einmüthigen Rufe: Verfassungsrevision! Noch deutlicher heißt es in den Arbeiterblättern: „Nieder mit dem Senat! Weg mit ihm!" Die hohe Versammlung, der Hort der opportunistischen Reaktion, thut allerdings kaum gut daran, wenn sie zu viel von sich sprechen macht, nur zu leicht lenkt sie so den Volkszorn auf sich; ihr letzter Streich kann ihr vielleicht das Leben kosten. Schon längst hat der radikale Abgeordnete Hubbard beantragt, man möge den Senat, der jetzt von den Gemeinde-Vertretern gewählt wird, aus dem allgemeinen Stimmrecht hervorgehen lassen. Dieser Antrag war von der Tagesordnung abgesetzt worden, bis ihn auf einmal die Wahl Ferrys wieder zum Mittelpunkt des Interesses machte. Der Abgeordnete Léhérissé nahm ihn von neuem auf und verlangte die unmittelbare Diskussion desselben. Die Regierung widersetzte sich dieser Forderung mit der größten Entschiedenheit und stellte sogar die Kabinetsfrage; es fand sich aber nur eine ganz schwache Majorität zur Verwerfung des Antrags, der übrigens alle Tage von neuem eingebracht werden kann. — Macht so die Sache der Verfassungsrevision einen Schritt vorwärts, so haben auch sonst die Sozialisten durchaus keinen Anlaß, die That des Senats zu bedauern; im Gegentheil, sie können sich nur darüber freuen. Jules Ferry ist ein thatkräftiger, kampflustiger Mann; als Fahnenträger des Opportunismus wird er den Wahlfeldzug beginnen; und das trägt zur Klärung der Situation bei. Die radikale Partei, die sich so oft durch das Schlagwort der republikanischen Konzentration zur Unterstützung der opportunistischen Politik verleiten ließ, wird nie einem Ferry als Führer folgen, der einst den unvergessenen Ausspruch that: die Gefahr sei links. Unter Ferry's Führung erfolgt mit Nothwendigkeit die Konzentration nach rechts; und die Radikalen, welche diese Politik mit aller Kraft bekämpfen, werden dadurch genöthigt, weiter nach links zu marschiren, wo die Sozialisten stehen. Auf letztere kommt es dann an, die radikale Partei immer mehr mit dem Geiste des Sozialismus zu durchdringen, worin schon ein ein guter Anfang gemacht ist. „Der Senat," schreibt Millerand in der „France", „hißt auf dem Palais de Luxembourg das opportunistische Banner auf. Danke! Wir werden darum nur um so mehr Muth und Zuversicht haben, wenn wir unter der Fahne der sozialistischen Republik zum Kampfe marschiren. Schon vorher waren wir sicher eine Menge guter Franzosen bei unserm Ringen für die demokratische Revision, für die Trennung von Kirche und Staat, bei unserm Kampfe gegen die hohe Bank um uns zu schaaren. Aber wir erhofften nicht das Glück, vor uns als Führer der gegnerischen Armee Herrn Ferry zu finden." —

In der letzten Sitzung des Pariser Stadtraths interpellirte Genosse Vaillant den Polizeipräfekten über die Anschläge der „revolutionären Aktionsliga", welche die Polizei-Agenten abgerissen hatten. Nachdem sich der Präfekt schwach vertheidigt und Genosse Heppenheimer ihm geantwortet hatte, nahm der Stadtrath einstimmig folgende von Vaillant vorgeschlagene Resolution an: „In Erwägung, daß von allen politischen Anschlagzetteln auf den Mauern nur die des republikanischen Manifests der revolutionären Aktionsliga zur Eroberung der sozialen Republik abgerissen worden sind, protestirt der Rath gegen das polizeiliche Abreißen der genannten Zettel; zugleich tadelt und verurtheilt er die reaktionären Gewaltmaßregeln und die Willkür der Präfektur und des Polizeipräfekten." —

Der zweite Panama-Prozeß — gegen die Bestochenen und die Bestecher — ist auf den 8. März festgesetzt. —

Gladstone entwickelt eine fieberhafte Energie. Er hat begriffen, daß die Opposition gegen seine Homerule-Bill durch ein Hinausschieben der Verhandlungen gewinnen würde, und er sucht dieselben deshalb möglichst zu beschleunigen. Gestern hat er im Unterhaus den Antrag gestellt, daß vom künftigen Freitag an bis Ostern für die Regierungsbills jeden Dienstag und Freitag Morgensitzungen anzuberaumen sind, und daß der Homerule-Bill, wenn sie auf der Tagesordnung steht, der Vortritt zu gewähren ist. Das Haus hat diesen Antrag mit 270 gegen 228 Stimmen angenommen, und es kann nun als ziemlich gewiß gelten, daß die Homerule-Bill — allerdings mit mancherlei Abänderungen — durch das Unterhaus hindurch kommen wird. Hierauf muß die Bill aber ans Oberhaus gehn, das sie unzweifelhaft verwerfen wird. Diese Prozedur wird bis in den Sommer des nächsten Jahres dauern. Dann muß die Auflösung erfolgen, die also im Sommer 1894 zu erwarten ist. —

Die Vorkonferenz zum internationalen Kongreß findet — am 26. März, wie schon mitgetheilt — im Volkshaus (Maison du Peuple) zu Brüssel statt, und beginnt Vormittags 10 Uhr. Das schweizerische Organisationskomitee wird durch Conzett und Greulich, die deutsche Partei durch Bebel und Liebknecht vertreten sein. —

Parlamentarisches.

In der heutigen Sitzung der Wahlprüfungskommission wurde mit 7 gegen 4 Stimmen die Wahl des Abgeordneten von Colmar (Meyenburg) trotz der vielfachen Unregelmäßigkeiten für giltig erklärt, aber einstimmig beschlossen, die Regierung zu veranlassen, wegen der Wahlbeeinflussungen das Erforderliche gegen die betreffenden Beamten zu veranlassen. In der nächsten Sitzung (8. März) soll über den Einfluß der Wahlbeeinflussungen im Kreise Tellow-Bersko-Storkow auf die Wahl des Abg. Prinz Handjery Beschluß gefaßt werden. Referent in dieser Angelegenheit ist Abg. Schneider (Hamm), Korreferent Abg. Stadthagen.

Parteinachrichten.

Protestversammlungen gegen die Militärvorlage sind weiter abgehalten worden in Pohlitz (Referent Reichstags-Abgeordneter Wurm), Bardowiek (Ref. Fischer-Hamburg).

• • •

Gemeindewahlen. In Severn (Braunschweig) wurde von der dritten Wählerklasse ein Genosse in den Gemeinderath gewählt. Zwei andere kommen in die Stichwahl; sie hatten nur 8 und 5 Stimmen weniger als ihre Gegner erhalten. In Seesen, wo die Arbeiterschaft zum ersten Mal selbständig an den Stadtverordneten-Wahlen theilnahm, siegten diesmal noch die Gegner. Die Wahlbetheiligung war 5—6 Mal stärker als früher. Wo die Sozialdemokratie auf den Plan tritt, schafft sie frisches Leben.

Der mehrfach erwähnte Protest gegen den Ausfall der Gemeinderaths-Wahl in Groß-Kühnau ist von der Dessauer Kreis-Direktion als unzutreffend abgewiesen worden. Die Wahl ist im Rahmen des freilich sehr komplizirten Gesetzes erfolgt.

• • •

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Frankfurt a. M. siegten sowohl in der Klasse der Arbeiter wie der Unternehmer die sozialdemokratische Liste.

• • •

Genosse Bueb aus Mülhausen hat in der Pfalz über die elsaß-lothringischen Zustände in weiteren Versammlungen gesprochen, die überall gut besucht waren und sich durchaus für schleunige Abschaffung der unwürdigen Ausnahmestellung Elsaß-Lothringens gegenüber dem in Deutschland giltigen Recht aussprachen. Versammlungen dieser Art fanden statt in Speyer, Oggersheim, Pirmasens.

• • •

Aus Studentenkreisen Straßburgs wird uns geschrieben: Bei Gelegenheit der „Zukunftsstaatsdebatte" hielten sich auch einige Studenten der hiesigen Universität für verpflichtet, dem Sozialistentödter Eugen Richter für den „großen Dienst, den er dem deutschen Vaterlande geleistet habe", durch eine Ergebenheitsadresse zu danken. Dies kennzeichnet wieder einmal den Geist dieser „Zierden der deutschen Jugend", deren höchste Ideale die Kneipe und eine zerhauene Backe sind. Erfreulicher Weise sind wir im stande zu konstatiren, daß bei einem großen Theile der hiesigen Studentenschaft ein reges Interesse für die sozialdemokratische Bewegung herrscht, und daß das Verfahren jener Bierbankpolitiker bei ihren andersdenkenden Kommilitonen die gebührende Beurtheilung erfahren hat.

• • •

Von der Agitation. Bebel's Rede gegen die Zukunftsstaats-Phantasien Bachem's und Richter's wurden am Sonntag in Erfurt in 10 000 Exemplaren verbreitet.

In einer Auflage von 150 000 Exemplaren vertheilten am Sonntag die Hamburger Parteigenossen ein Flugblatt, das sich mit der Verfassungsfrage beschäftigt. Die Vertheilung ging glatt von statten und war, wie das „Echo" mittheilt, in einer halben Stunde beendet. Gewiß ein glänzendes Zeugniß für die Vortrefflichkeit der Organisation unserer Hamburger Genossen!

• • •

Erster westpreußischer Parteitag, abgehalten in Elbing am 26. Februar 1893. Der Parteitag wird Vormittags 11½ Uhr vom Genossen Fichtemann aus Elbing eröffnet. Derselbe wird zum Vorsitzenden des Parteitages gewählt und beruft zu seiner Unterstützung die Genossen Herrmann-Elbing, Grabowski-Elbing und den als Gast anwesenden Genossen Legien-Hamburg in's Bureau. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Situationsbericht" erhält Genosse Fichtemann-Elbing das Wort. Der Redner machte zunächst darauf aufmerksam, daß die gegnerischen Blätter sich mit dem heute stattfindenden Parteitage beschäftigt haben und die Hoffnung hegen, daß dieser Parteitag eine Scheidung zwischen den „Jungen" und „Alten" unter den Parteigenossen Ost- und Westpreußens herbeiführen würde. Die Gegner gehen von der falschen Anschauung aus, daß unsere Partei mit den alten politischen Parteien auf eine Stufe zu stellen sei. In unserer Partei aber ist das Recht der freien Meinungsäußerung bis auf's äußerste gewahrt und wir werden wohl bald Gelegenheit haben, den Gegnern zu beweisen, daß Meinungsverschiedenheiten, durch die der Fortschritt in der Bewegung gehemmt würde, in der Partei nicht bestehen. Redner schilderte dann, mit welchen Schwierigkeiten die Genossen des Ostens zu kämpfen haben, und wie die Gegner an Stelle der Auseinandersetzung durch die freie Rede zu den rohen Waffen greifen und wie die Führer der alten Parteien die Bevölkerung des Landes aufreizen, um hierdurch dem Fortschritte des Sozialismus ein Hemmniß zu bereiten. Noch haben die Gegner die Macht; aber jene Leute, welche heute mit dem Dreschflegel hinter uns her sind, werden bald zu uns kommen, um von uns etwas Vernünftiges zu lesen zu erhalten. Schon heute geschieht dies in einzelnen Fällen. Eine Uebersicht über die Ausdehnung der Bewegung in den Provinzen vermag der Redner nicht zu geben. Der Maßstab hierfür liegt in der Abgabe der Stimmen bei der Reichstags-Wahl. Redner spricht die Hoffnung aus, daß es bald gelinge, einzelne Wahlkreise der Provinzen zu gewinnen und warnt dann davor, daß die Arbeiter sich durch Reden und Zeitungsartikel der Gegner etwa zu dem Glauben verleiten lassen, daß die besitzende Klasse irgend etwas für die arbeitende Bevölkerung thun wolle. Der Arbeiter ist auf sich selbst angewiesen. Bogs-Bromberg geht gleichfalls auf die Artikel der gegnerischen Presse ein und beweist, daß wohl Meinungs-Verschiedenheiten in der Partei vorhanden sind; es sei aber lächerlich, wenn der Gegner annehme, die Bewegung könne an denselben zu Grunde gehen. Die bürgerlichen Blätter lassen sich als Mädchen für alles gebrauchen und haben besonders während des Sozialistengesetzes gezeigt, daß sie nicht den Gegner anständig zu behandeln wissen. Die Sozialdemokraten sind wiederholt todtgesprochen und todt geschrieben worden, leben aber immer noch. Gurni-Danzig berührt unter anderem auch die Frage der Abzweigung der „Unabhängigen" von der Partei.

Jochem-Danzig berichtet über die Bewegung in Danzig. Es sind Fortschritte gemacht worden, doch könnte die Bewegung schneller vorwärts gehen. Redner führte an, wie die Verhältnisse vor 15 Jahren waren, als die erste sozialdemokratische Versammlung in Elbing stattfand. Die erste Saat ist auf guten Boden gefallen. Die weitere Bewegung und spätere Versammlungen haben das gezeigt. In Danzig wurden im Jahren 1878 114 Stimmen für den sozialdemokratischen Abgeordneten abgegeben. Die Zahl der Stimmen ging im Jahre 1881 auf 43 zurück, stieg dann 1884 auf 577 und betrug bei der letzten Wahl auf 3525. Dieser Fortschritt ist unter dem stärksten Druck der Behörden und der mächtigen Gegner erzielt worden. Hat so auch in Danzig die Bewegung gewonnen, so liegen die Verhältnisse auf dem flachen Lande überaus ungünstig. Die Wahl im Kreise Stuhm-Berent hat gezeigt, mit welchen Mitteln unsere Gegner kämpfen. Die Zeitungs-Redakteure, welche mit schlecht unterdrückter Freude verkünden, daß die Sozialdemokraten bei der Agitation mit Dreschflegel und Mistforken empfangen sind, stellen sich dadurch ein Armuthszeugniß aus, indem sie beweisen, daß die Sozialdemokratie nicht mit geistigen Waffen zu beseitigen ist. Der Redner weist darauf hin, daß der Antisemitismus darauf gerichtet ist, dem Sozialismus Abbruch zu thun. Die Bevölkerung läßt sich nur zu leicht in diese Bewegung heranziehen, weil dieselbe auf die Dummheit des Volkes spekulirt. Mikeszinski-Thorn berichtet, daß in dem Orte, welchen er vertritt, nicht nur die Antisemiten Agitation treiben, sondern daß es da ganz besonders die Polen sind, welche die Arbeiter von dem Sozialismus abzuhalten suchen. Die Lokalabtreiberei steht dort in voller Blüthe. Trotzdem sind schon eine ganze Reihe Arbeiter davon überzeugt worden, daß die Interessen des Volkes nur durch die Sozialdemokratie vertreten werden. Bogs-Bromberg berichtet über die Entwickelung der Bewegung im Wahlkreise Bromberg seit dem Jahre 1878. Die Attentate führten dazu, daß der Wahlkreis den Freisinnigen verloren ging. Jetzt habe die Sozialdemokratie in die Einigkeit der Gegner eine Bresche geschossen. Auch in Bromberg sind mit der Behörde mancherlei Auseinandersetzungen nothwendig geworden. Ein großes Hinderniß für die Agitation im Wahlkreise ist, daß viele Leute nicht lesen können, weder polnisch noch deutsch. Höpfner-Marienburg berichtet, daß in Marienburg zuerst im Jahre 1884 Stimmen für den sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben worden sind und zwar im Ganzen 72. Die Stimmenzahl stieg im Jahre 1887 auf zirka 200 und im Jahre 1890 auf 422. Der Versuch, einen Volksbildungsverein an Ort zu gründen, mißlang wegen nicht genügender Betheiligung der Arbeiter. Neuerdings ist ein Leseklub errichtet worden und scheint derselbe lebensfähig zu werden. Mikeszinski berichtet, daß auch in Marienwerder schon 500 Stimmen bei der Nachwahl abgegeben sind und daß die Gegner Sorge hegen, daß die Sozialdemokratie die Majorität im Reichstag erlangen könnte. Frehtmann resumirt die von den Delegirten gemachten Ausführungen dahin, daß unsere Gegner in ihrer Kampfesweise ganz genau zeigen, wie sehr sie wissen, daß es mit ihrer Macht vorbei ist, wenn die Masse der Bevölkerung die sozialistischen Lehren begriffen hat. Dementsprechend haben wir unsere Agitation einzurichten und werden bei Ausdauer und Kampfesmuth auch zu einem günstigen Resultate kommen. Schluß der ersten Sitzung Mittags 1¼ Uhr.

• • •

Die Fürther Sozialdemokratie beschloß die bereits gemeldete Aufhebung des über die Evora-Brauerei verhängt gewesenen Boykotts mit großer Majorität, nachdem der Brauereiverband sich bereit erklärt hatte, die gemaßregelten fünf Braugehilfen sofort einzustellen, sobald der Boykott aufgehoben sei. Die Versammlung erklärte sich ferner gegen den Antrag, von den vereinigten Brauereibesitzern Nürnberg-Fürths die Bestreitung der Boykottkosten zu fordern; jeder der stellenlosen Braugehilfen hatte pro Woche 12 M. Unterstützung erhalten.

• • •

Taschen zu! Die „Schwäbische Tagwacht" warnt vor einem Schwindler, der in Stuttgart unter dem Namen Richet oder einem ähnlichen Namen die Parteigenossen zu brandschatzen suchte. Er giebt vor, Uhrmacher zu sein, spricht nur französisch und war im Besitz einer Einlaßkarte zum Pariser internationalen Arbeiterkongreß, die auf den Frankfurter Genossen Fleischmann lautete, sowie eines Empfehlungsschreibens von einem angeblichen Adolf Lafargue.

• • •

Todtenliste der Partei. In München sind die Genossen J. Luber und Franz Krebs aus dem Leben geschieden. Sie waren bis zu ihrem Ende treue Anhänger unserer Sache.

• • •

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— Die Nr. 27 der Breslauer „Volkswacht" sollte nach einer vom 25. Februar datirten Meldung der „Breslauer Morgen-Zeitung" polizeilicherseits mit Beschlag belegt worden sein. Der Redaktion der „Volkswacht" war dagegen bis zum 27. Februar von einer ordnungsmäßigen Beschlagnahme noch nichts bekannt. Am Donnerstag verlangte zwar ein Schutzmann die noch vorhandenen Exemplare der konfiszirlichen Nummer, wurde aber vom Verleger Schütz abgewiesen, weil er sich nicht darüber ausweisen konnte, daß er in höherem Auftrage käme.

— Bayerisches. In einer bayerischen Korrespondenz der „Frankfurter Zeitung" lesen wir: Wie seltsam unsere Behörden den Sozialdemokraten gegenüber operiren, wurde schon oft konstatirt. In Regensburg hatte der Magistrat ihre Sammlungen für die Ueberschwemmten verhindern wollen, weil keine politische Partei das Recht habe, Sammlungen zu veranstalten. Nach 24 Stunden sah man aber doch ein, daß dieser Standpunkt nicht dem Gesetz entspreche und gab die Sammlung frei. Wie dieser Vorgang wirken wird, braucht nicht erst ausgeführt zu werden. In Tölz wurde den Sozialdemokraten ein Versammlungssaal aus Sicherheitsgründen gesperrt, aber sie fanden einen anderen und die Versammlung findet doch statt. Die Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, werden als beste Reklame für den Besuch der Versammlung wirken. — Das glauben wir auch.

— Oesterreichisches. Die Lemberger Polizei hat die beiden sozialdemokratischen Blätter „Robotnik" und „Sila" verboten, weil sie zusammen ein Wochenblatt vorstellten, für das 3000 Gulden Kaution erforderlich wären. Unsere polnischen Genossen werden diesen österreichischen Polizeistreich zu pariren wissen.

— Das Reichsgericht verwarf die Revision des Genossen Thiel in Breslau, der wegen Beleidigung des Landgerichts-Direktors Schmidt zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt worden war.

— Der Redakteur des „Gothaischen Volksblatts", Genosse Kressin, stand dieser Tage unter der Anklage vor Gericht, einen Straßenmeister und das herzogl. Landrathsamt beleidigt zu haben. Die Beleidigung war in einer Notiz gefunden worden, in der dem Straßenmeister vorgeworfen wurde, einen 37 Jahre lang als Straßenarbeiter thätigen Mann entlassen zu haben, weil dieser zu alt geworden war. Außerdem wurde der Straßenmeister bezichtigt, daß er es aus dem ff verstehe, seinen Untergebenen beizubringen, was es heißt, arm zu sein und dienen zu müssen. Der Angeklagte war im stande, durch Zeugen nachzuweisen, daß der Straßenmeister einzelne seiner Untergebenen ungehörig behandelt hatte, wurde aber trotzdem zu 50 M. Geldstrafe event. 10 Tagen Haft verurtheilt. Von der Anklage der Beleidigung des herzogl. Landrathsamts sprach ihn das Gericht frei.

— Sächsisches. Die Dresdener Kreishauptmannschaft hat bekanntlich entschieden, daß die Behörden kein Recht haben, von den Einberufern der Versammlungen die Namensangabe der Referenten zu verlangen. Trotzdem hat die Amtshauptmannschaft zu Dresden-Neustadt in bezug auf eine am 21. Februar in dem Dresdener Vorort Pieschen abgehaltene Versammlung dasselbe unzulässige Verlangen gestellt, und weil dem ungerechtfertigten Begehren nicht entsprochen wurde, mußte der angekündigte Vortrag ausfallen. Der überwachende Beamte erklärte nämlich, er habe den Entscheid der Kreishauptmannschaft zwar in der „Sächs. Arb.-Ztg." gelesen, es sei ihm jedoch noch keine darauf bezügliche Verordnung zugegangen, und wir könnten doch nicht verlangen, daß die Mittheilungen der „Arbeiter-Zeitung" für ihn maßgebend sein sollten. Das ist doch höchst merkwürdig, meint die „Sächs. Arb.-Ztg."; als vor etwa sechs Monaten die Kreishauptmannschaft dieselbe Frage zu Ungunsten der Beschwerdeführer entschied, da war die Amtshauptmannschaft Dresden-Altstadt sofort unterrichtet und sofort benützte sie die Entscheidung, um neue Forderungen an die Einberufer von Versammlungen zu stellen; jetzt, nachdem die Oberbehörde zu Gunsten der Beschwerdeführer entschieden hat, jetzt weiß die Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt 14 Tage danach noch nichts von der Entscheidung und stellt immer wieder eine Forderung, die von Behörden, für deren Handlung lediglich die gesetzlichen Bestimmungen als Richtschnur dienten, überhaupt nicht hätten erhoben werden können.

Briefkasten der Redaktion.

W. J. Kooperation heißt gemeinschaftliche Thätigkeit, genossenschaftliche Arbeit. — Als Jahres-Arbeitsverdienst, nach dem sich auch die Höhe der Beiträge und Renten in der Alters- und Invaliditäts-Versicherung gilt, sofern nicht Arbeitgeber und Versicherte darüber einverstanden sind, daß ein höherer Betrag zu Grunde gelegt wird, bei Mitgliedern der Orts-Krankenkasse oder anderen Zwangskassen der 300fache Betrag des für ihre Krankenkassenbeiträge maßgebenden Tagelohns bezw. Arbeitsverdienstes, bei den Mitgliedern der freien Hilfskassen aber nur der 300fache Betrag des ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher Tagarbeiter. —

M. Fastnachten fiel im Jahre 1882 auf den Dienstag in der siebenten Woche vor Ostern. Wenn Sie das genaue Datum wissen wollen, so können wir es Ihnen auch verrathen. Es war am 21. Februar.

Rothes Depot in Spandau. 1. Ist noch nicht verjährt. 2. Strafmandate ergehen nicht immer in gleichmäßiger Höhe: der Betrag schwankt zwischen 1 und 150 M.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, den 1. März.

Opernhaus. Carmen.
Schauspielhaus. Basantasena.
Lessing-Theater. Heimath.
Deutsches Theater. Der Talisman.
Berliner Theater. Kean.
Residenz-Theater. Familie Pontbiquet. Vorher: Gläubiger.
Wallner-Theater. Der Fall Clémenceau.
Kroll's Theater. Die Nachtwandlerin.
Viktoria-Theater. Die Reise um die Welt in achtzig Tagen.
Neues Theater. Tosca.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Don Cäsar.
Adolph Ernst-Theater. Modernes Babylon.
Thomas-Theater. Eulenspiegel, oder: Schabernack über Schabernack.
National-Theater. Die Räuber.
Alexanderplatz-Theater. Komtesse Jule.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.
Zum 67. Male:
Modernes Babylon.
Gesangsposse in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannstädt. Couplets theilweise von G. Görss. Musik von G. Steffens. In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.
Novität! Novität!
Der Dussel
(Kulpus)
Parodistisch-realistischer Vorgang in der Dachkammer, frei nach Ibsen und Tolstoi von Oscar Wagner.
(Klemm-Ede . . Martin Bendix.)
Alfred Bender
in seinem neuesten Originalvortrag
Der Volksmund in Berlin.
Blank, der beste Bauchredner.
Anhaltender Erfolg.
Die Trockenwohner.

Passage-Panopticum.
Neu!
Das unerklärliche Verschwinden eines frei in der Luft hängend. Mädchens.

Castan's Panoptikum.
Letzte Woche!
Hagenbeck's gr. zoolog. Wunder:
Lili,
kleinst. lebend. Elefant d. Welt,
Tai-za-Wunder-Illusionen-Theater.
Grosses Konzert.
Sämmtlich ohne Extra-Entree.

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Große
Spezialitäten-Vorstellung.
Vollständig neues Programm.
Tom. Belling, Original-August.
Truppe Hugoston, Akrobaten.
Kolling Müller, Wasserkünstler.
The Matinos, Exentrics.
Geschw. Taciann, Duettistinnen.
Heinr. Bender, Humorist.
Martha Ventura, Kostümsoubretten, sowie sämmtl. engag. Spezialitäten.
Anfang Wochentags 8 Uhr.
Entree 50 Pf.

Vereinszimmer, Simeonstr. 23, Flick.

Circus Renz.
(Karlstraße.)
Mittwoch, den 1. März 1893:
Abends 7¼ Uhr:
Gr. außerordentl. Vorstellung.
Ein Künstlerfest.
Große Ausstattungs-Pantomime vom Hofballetmeister **Siems.** Auf das Glänzendste in Szene gesetzt v. Direktor **Fr. Renz. Neue Einlage mit überraschende Licht- und Wassereffecten.** Ballet v. 100 Damen. Grosser Blumen-Corso. Brillant-Feuerwerk.
Außerdem: Mr. James Fillis mit dem Schulpferde **Markir.** 4 Damenschulen, ger. v. d. Damen Frl. Clotilde u. Helga Hager, Oceana Renz u. Zephora. 1. Auftr. d. Reitkünstlerin Mlle. Wally. 1. Auftr. d. Equilibristen Marietta u. Belloni ꝛc.
Morgen, Donnerstag, Abends 7¼ Uhr: **Ein Künstlerfest.**
Billet-Vorverkauf an der Zirkuskasse u. beim „Invalidendank", Markgrafenstraße 51a.
Fr. Renz, Direktor.

Feen-Palast
Jeden Tag:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.

Gratweil's Bierhallen
Kommandantenstraße 77—79.

Täglich:
Germania-Konzert- u. Kouplet-Sänger
sowie Auftreten des musikal. Clown **Mr. Barna** und Damen-Imitator **Willy Wilson.**
Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch.
Zwei Säle
zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 3 Kegelbahnen,
F. Sodtke.

Moritz-Platz. **Etablissement Buggenhagen.** Moritz-Platz.
Täglich: **Instrumental-Konzert. Großer Frühstücks- u. Mittagstisch.** Spezial-Ausschank von **Pahenhofer Lagerbier,** hell und dunkel.
An **Sonn- und Festtagen** findet das Konzert in den **oberen Sälen** statt.
Entree Wochent. 10 Pf. Sonnt. 25 Pf.
Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten ꝛc.

Damen-Masken-Garderobe von **M. Roussel,**
Skalitzerstr. 43.

Unserm Vater und Schwiegervater, dem Tischler **Gottlob Tix,** zum vollendeten 50. Lebensjahre ein donnerndes Hoch! Die Liegnitzer. 1586b

Bei dem am 11. Februar im Feen-Palast stattgefundenen Wintervergnügen des Verbandes aller in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter, in welchem auch eine Verloosung stattfand, sind folgende Gewinne nicht entgegengenommen worden: Nrn. 862, 495, 506, 89, 222, 128, 893, 886, 404, 852, 494, 245, 57, 174, 311.
Die Gewinne sind im Arbeitsnachweis des Metallarbeiter-Verbandes, Wallstr. 7—8, abzuholen. 227/51
Im Auftrage des Komitees:
J. Jänisch, Grüner Weg 64, 2 Tr.

Tüchtige Weißbier-Trinker können sich melden bei [1489b*
Vater Jahn, Zossenerstr. 6.

Jeden Mittwoch 1584b
frische Grützwurst
C. Laeske, Schlächtermstr., Oranienstr. 2a.

Rohtabak.
Grösste Auswahl!
am hiesigen Platze
Billigste Preise!!
bequemste Bedingungen
jetzt:
Oranienburgerstr. 2
dicht am Hackeschen Markt
A. Goldschmidt
Oranienburgerstr. Nr. 2 3728L*
dicht am Hackeschen Markt.

Möbel-Magazin
R. Schmidt,
Veteranenstraße 15
auch Theilzahlung.
Stets gebrauchte Möbel auf Lager. Auch ist daselbst ein Pianino billig zu verkaufen. Kindermöbel, größte Auswahl.

Homöopathische Klinik, Brunnenstr. 40. Spr. 11—12, 4—5. Sonnt. 9—10.

Feen-Palast.
Heute, Mittwoch, den 1. März:
Preis-Ringkampf
zwischen dem Griechen
Mr. Antonio Pierri
und dem Athleten und Preisringer Herrn
Richard Nogat aus Berlin.
Vorher: Grosse Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang ½8 Uhr. Entree 50 Pf.
Billet-Vorverkauf von 11—1 Uhr Vormittags. 3745L

Verlag des „Vorwärts" Berliner Volksblatt
Berlin SW., Beuthstraße 2.

In einigen Tagen erscheint in unserem Verlage:
Der sozialdemokratische 400/18*
„Zukunftsstaat."
Verhandlungen des Deutschen Reichstages am 31. Januar, 3., 4., 6. und 7. Februar 1893.
(Veröffentlicht nach dem offiziellen stenographischen Bericht.)
ca. 130 Seiten Lexikon-Oktav. Preis geheftet 15 Pf.
In Partien Rabatt.

Unser Bericht bringt nicht nur die Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten, sondern die gesammte Debatte über die betr. Frage, also auch die Reden der Gegner und wird derselbe den Parteigenossen als gutes Agitationsmittel dienen. Zahlreichen Bestellungen, die wir baldigst aufzugeben bitten, sehen wir entgegen.

Alle Buchhandlungen, Kolporteure und Zeitungs-Spediteure nehmen Bestellungen entgegen. Bei Aufträgen von außerhalb ersuchen wir um gleichzeitige Einsendung des Betrages (Porto extra).

Möbel, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin.
Ganze Ausstattungen in Mahagoni u. Nussbaum. Küchenmöbel in grosser Auswahl empfiehlt
Julius Apelt, Sebastianstr. 20
Reelle Waare. Prompte Bedienung. (früher 27/28). [3749L*

Achtung! Achtung!
Grosse Volks-Versammlung
am Donnerstag, den 2. März, Abends 8½ Uhr, bei Buggenhagen, am Moritzplatz.
Tagesordnung:
1. Vortrag über Eugen Richter's Spar-Agnes im Gegensatz zu den Lohnverhältnissen der Arbeiterinnen. Referentin: Frau Rohrlack.
2. Strampel-Anni und das heutige Erziehungswesen. Ref. Frau Ihrer.
3. Diskussion. 156/10*

Alle Fraktionen des Reichstages sind zu dieser Versammlung brieflich eingeladen. — Da dieses Thema gerade die Arbeiterinnen berührt, bitten wir alle Frauen und Mädchen zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen.
Zur Deckung der Unkosten Tellersammlung.
Die Frauen-Agitationskommission.

Achtung! Achtung!
Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Am Sonnabend, den 4. März, im „Feen-Palast", Burg- und Wolfgangstraßen-Ecke:
III. Stiftungs-Fest,
bestehend in
Konzert, Theater, humorist. Vorträgen, Festrede, leb. Bildern.
Gesangsvorträge von mehreren Gesangvereinen des A.-S.-B.
Die Musik wird von Zivil-Berufsmusikern ausgeführt.
Nach dem Konzert Tanz in beiden Sälen.
Herren, die am Tanz theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Billets à 25 Pf. sind auf sämmtlichen Zahlstellen des Wahlvereins, sowie bei sämmtlichen Vorstands-, Vergnügungs- und Komiteemitgliedern zu haben.
240/2* **Das Vergnügungs-Komitee.**

Achtung, Schneider!
Große Werkstatt- und Geschäfts-Delegirten-Versammlung
am Mittwoch, den 1. März 1893, Abends 8½ Uhr, in Bolk' Salon (fr. Feuerstein), Alte Jakobstr. 75 (unterer Saal).
Tages-Ordnung:
1. Unsere Forderungen und auf welche Art stellen wir dieselben den Geschäften zu? 272/16
2. Diskussion und Anträge hierzu.

Es ist Pflicht der Kollegen, dahin zu wirken, daß alle Werkstätten und Geschäfte vertreten sind. **Die Agitations-Kommission.**

Freireligiöse Gemeinde.
Donnerstag, d. 2. März, Abends 8¼ Uhr, im grossen Saale des Böhmischen Brauhauses, Landsberger Allee 11/13:
Große öffentliche Versammlung
Vortrag des Stadtverordneten Herrn E. Vogtherr: „Die Dissidenten-Kinder und der Jugend-Unterricht." Nachher Diskussion.
Zahlreicher Besuch sehr erwünscht 152/6

Charlottenburg.
Sozialdemokratischer Wahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.
Donnerstag, den 2. März, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Krause, Bismarckstraße 74:
Grosse Versammlung.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Genossen Köster über: Die Pariser Kommune von 1871. 2. Diskussion. 3. Der 18. März. 4. Verschiedenes.
Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Geschäfts-Auflösung.
Mein 23 Jahre bestehendes **Herren-Garderobengeschäft** löse ich vollständig auf und verkaufe: **Complette Rock- und Jaquet-Anzüge, Sommer- und Winter-Paletots, Hohenzollernmäntel, Haveloks, Ulster, Einsegnungs- u. Burschen-Anzüge, Schlafröcke** und **Joppen, Hosen** und **Westen,** einzelne **Gehröcke** und **Fracks** 3744L*
bedeutend unterm Selbstkostenpreise.
Bestellungen nach Maaß werden in saubersten Ausführung zum Herstellungspreise abgegeben. **S. Meyerstein,**
Prinzenstr. 81, Ecke Stallschreiberstraße, am Moritzplatz.

Unser
Petroleum-Groß-Versandt-Geschäft
(bisher Straßburgerstraße 20) ist von Herrn **E. Vogtherr,** hier, käuflich übernommen worden und wird von demselben unter der bisherigen Firma in den neuen Geschäftsräumen
NW., Stephan-Straße Nr. 27a
fortgeführt. — Der Versandt von
Prima Krystall-Petroleum
und
Prima Salon-Petroleum
erfolgt in **Original-Fässern** und in **Kannen** von 3½, 6¼, 12½ und 25 Kilo Inhalt, (Kannen ohne Pfand) und stehen frankirte Bestellkarten sowie Fernsprech-Anschluß **Amt Moabit Nr. 51** zur Verfügung.
Klingbeil & Co. (jetzt Inhaber E. Vogtherr)
Petroleum-Gross-Versandt-Geschäft
3748L* Berlin NW., Stephanstraße 27a.

Empfehle den Genossen meine **Glaserei** und **Bildereinrahmung.** Lager **sozial. Sinnsprüche** u. Bilder zu soliden Preisen.
3678L* **Carl Scholz,** Wrangelstr. 32.

Achtung! Kein Laden.
Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pfg
3561 L **H. F. Dinslage,** Kottbuserstr. 4, Hof part.

Stempel Vereins-Abzeichen ꝛc. H. Guttmann, Brunnenstr. 9.

Am 15. v. M. ein gr. tigerfarbiger Hund angef. Gerichtstr. 79, Lorenz.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW, Beuthstraße 2.

Hierzu eine Beilage.

Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 51. Mittwoch, den 1. März 1893. 10. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

54. Sitzung vom 28. Februar 1893, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Graf Caprivi, v. Marschall.

Auf der Tagesordnung steht die Berathung des Etats des Auswärtigen Amts.

Bei den Ausgaben für das Auswärtige Amt, Titel 1 „Staatssekretär 50 000 M.“ bemerkt

Abg. **Scipio** (natl.): Bei Ausbruch des Krieges zwischen Frankreich und Dahomey wurde von französischer Seite der Verdacht ausgesprochen, daß das Deutsche Reich die Feinde Frankreichs durch Waffenlieferungen und dergleichen unterstützt habe. Glücklicherweise hat sich nachher herausgestellt, daß an diesen Berichten nichts Wahres war. Ich bin überzeugt, daß Deutschland und unser Auswärtiges Amt sowohl die Rücksicht auf Frankreich, als auch die deutschen Interessen auf's eifrigste gewahrt hat. Ich wäre dem Staatssekretär dankbar, wenn er in der Lage wäre, einige Aufklärung darüber dem Reichstage zu geben. Auf ganz anderem Gebiete liegt ein zweiter Gegenstand, der hier zur Sprache gebracht werden muß. Die Berichte unserer Konsulate bedürfen einer Reformirung. Amerika läßt sich regelmäßig durch die Konsuln Berichte über die Baumwoll-, Getreideernte u. s. w. erstatten und diese veröffentlichen. Ebenso hat unser Auswärtiges Amt dafür gesorgt, daß im Handelsarchiv regelmäßige Veröffentlichungen über die Produktion von Kolonialzucker erfolgen. Man erinnert sich wohl noch der Klagen über den Terminhandel mit Kaffee in Hamburg und über die üblen Folgen dieses Handels. Ich möchte auf den Werth hinweisen, welchen für den reellen Kaffeehandel regelmäßige Berichte über den Kaffeebau, die Ernteaussichten u. s. w. haben müssen, wie sie die niederländische Regierung bereits erstattet. Entsprechende zuverlässige Berichte müßte das Auswärtige Amt aus Rio, Santos, Carracas, Maracaibo, aus Port au Prince und Porto Cabello veröffentlichen. Die Mannheimer Handelskammer unterstützt diesen Wunsch auf das lebhafteste, weil nicht das Termingeschäft, sondern nur der legitime Kaffeehandel daran Interesse hat. Man könnte hier einwenden, die Konsuln seien gar nicht in der Lage, derartige Berichte zweckmäßig abzufassen, aber dieser Einwand ist hinfällig; die Beamten brauchen sich ja nur mit den betreffenden Firmen in Verbindung zu setzen. Der Kaffee gehört doch zu den Artikeln, welche die breiten Volksmassen regelmäßig konsumiren. Es liegt also im allgemeinen Interesse Kursschwankungen möglichst von diesen Artikeln fern zu halten. Demnach bitte ich das Auswärtige Amt, die Erstattung solcher Berichte in etwa 14tägigen Zwischenräumen zu veranlassen, welche dann im deutschen Handelsarchiv zu veröffentlichen wären.

Staatssekretär **v. Marschall**: Mit dieser Anregung stellt der Vorredner unseren Konsuln doch eine recht schwere Aufgabe. Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß gerade der Terminhandel durch diese Berichte einen gewissen Schutz erfuhr. Nicht immer werden unsre Konsuln ganz zuverlässige Berichterstatter finden, kommen aber einmal falsche Berichte hierher, so würden sie in Deutschland der Gegenstand von Spekulationen und Agitationen werden können. Die brasilianische Regierung hat es aus diesen Gründen abgelehnt, solche zweimal monatlich erscheinenden Berichte zu geben, weil sie nicht zuverlässig zu geben seien. Die Regierung wird aber die Frage im Auge behalten und nochmals erwägen. Was die Waffenlieferung von Dahomey betrifft, so hat aus dem deutschen Schutzgebiete keine solche stattgefunden, dagegen haben auf dem Wege über die See nach dem Hafen von Weidah neben ausländischen auch zwei deutsche Firmen an den König nach Dahomey geliefert. Im Dezember wurden zwei Deutsche deswegen in Weidah verhaftet und später ausgewiesen, drei deutsche Faktoreien geschlossen. Wir haben in Paris Vorhaltungen dagegen erhoben, worauf die Schließung von zweien derselben wieder aufgehoben, aber für die dritte aufrecht erhalten wurde, weil bewiesen sei, daß diese auch noch nach Beginn der Feindseligkeiten Waffen an den König von Dahomey geliefert habe. Die Bezugnahme auf die Brüsseler Generalakte, worauf man sich in Paris stützte, lehnten wir schon deswegen ab, weil der König Behanzin niemals dieser Generalakte beigetreten sei. Das hat man in Paris anerkannt.

Abg. **Bamberger** (dfr.): In bezug auf Dahomey scheint mir das Auswärtige Amt durchaus den richtigen Standpunkt eingenommen zu haben. In Betreff der Konsulatsberichte über Kaffee u. s. w. bin ich ebenfalls mit ihm einverstanden, möchte aber doch gegen die Schlußworte Einspruch erheben. Man soll unsere Konsuln nicht zu Agenten der Kaffeeleute machen; unsere Konsuln haben genug zu thun und zu viel, um sich auch noch kaufmännische Kenntnisse anzueignen, was doch nur zum Dilettantismus führen würde. Andererseits wäre aber die Forderung begründet, daß, wenn unsere Konsuln solche Berichte erstatten sollen, sie sich auch wirkliche kaufmännische Kenntnisse vorher angeeignet haben müssen.

Abg. **Lucius** (Rp.): Weitere Aufschlüsse über die Schritte der deutschen Regierung in Portugal zur Wahrung der Interessen der deutschen Staatsgläubiger würden sehr willkommen sein. In dem vorliegenden Falle ist ja an der Gestaltung der Dinge nicht mehr viel zu ändern; aber was läßt sich thun, um in Zukunft solchen Vorkommnissen vorzubeugen? Zahlreiche exotische Anleihen sind inzwischen auf den deutschen Markt gekommen, darunter solche, welche gar nicht von wirklichen Staaten, sondern nur von staatlichen Gebilden unvollkommener Art herrühren. In Portugal mußte doch unsere Gesandtschaft schon vor 4 Jahren über die Beschaffenheit des Staatskredits genau unterrichtet sein. Wenn ein Staat seine Verbindlichkeit nicht erfüllt, muß man doch die Geschäftsverbindung abbrechen, wie es im geschäftlichen bürgerlichen Leben auch geschieht.

Staatssekretär **v. Marschall**: Bei der portugiesischen Finanzkrisis hat die deutsche Regierung konsequent die Haltung eingenommen, die ich im vorigen Jahre darlegte; wir haben die Interessenten bei der Geltendmachung ihrer Ansprüche nach besten Kräften unterstützt und der Regierung von Portugal klargemacht, daß nicht Oktroyirung, sondern Verständigung zum Ziele führen könnte. Eine solche Verständigung war bereits erreicht, als plötzlich über Nacht ein Gesinnungswechsel eintrat und das neue Ministerium alles über den Haufen warf, die inneren Schulden bevorzugte und die auswärtigen Gläubiger um etwa 20 pCt. gegen die inneren benachtheiligte. Mit aller Entschiedenheit haben wir dagegen protestirt, aber vergebens.

Abg. Graf **Mirbach** (dk.): Wenn der Reichskanzler meint, daß so lange Verhandlungen mit Rußland schweben, die Frage parlamentarisch nicht berührt werden solle, so möchte ich darauf hinweisen, daß die Frage des Differentialzolles für Getreide Rußland gegenüber kein Hinderniß für den Abschluß eines Vertrages bietet; es brauchte nur die Einfuhr zur Wiederausfuhr an besondere Quittungen gebunden zu werden. Wir wünschen, daß die Wirkung des Differentialzolles Rußland gegenüber voll in die Erscheinung trete. Wir wünschen ferner eine systematische Behandlung der Agrarfrage. Ich will nicht etwa aus Staatsmitteln eine Abstoßung der landwirthschaftlichen Schulden, das liegt mir vollständig fern; wir wollen gesetzliche Maßnahmen zur Verminderung der Schuldenlast auf dem Wege der Bildung korporativer Genossenschaften zur Verwandlung aller Schulden in eine einzige Rentenschuld. Wie wird sich nun die Landwirthschaft unter den bestehenden Handelsverträgen und bei einem Handelsvertrage mit Rußland gestalten? Herr v. Marschall meint, in Deutschland sei nur ein System gemäßigter, maßvoller Schutzzölle denkbar oder gar keines. Ich wünschte das auch, ja ich wünschte, unsere wirthschaftliche Lage erlaubte uns, nur Finanzzölle zu erheben. Aber es kommt darauf an, die wirthschaftliche Lage zu würdigen, in diesem Falle die der Landwirthschaft. Sehr erstaunt war ich 1891, im Juni, als der Reichskanzler sagte, der Weltmarkt habe eine steigende Tendenz, die noch anhalten werde. Die Thatsachen haben dies als vollständig unrichtig erwiesen. Die verbündeten Regierungen sollten sich also doch ernstlich die Frage vorlegen, was geschehen wird, wenn die Landwirthschaft eine Reihe von Jahren produziren soll bei Preisen, welche die Herstellungskosten nicht erreichen. Das Festlegen der Zölle für die Dauer von 12 Jahren kann für unsere ganze Produktion verhängnißvoll werden. Früher hatten wir ein Vorbeugungsmittel, das waren die Zölle; vernünftige Menschen haben einen Zoll von 6 M. vorgeschlagen, dieser Weg ist uns jetzt verschlossen. Wenn der Preis weiter drückt, kommen wir zu einer Entvölkerung und Verödung ganzer Gebiete, zunächst des Ostens und der höher gelegenen Theile Deutschlands. Sollen so einer Gefahr gegenüber die Regierungen einfach abwarten? Hierin liegt der Kern unserer heutigen landwirthschaftlichen Bewegung. Da von Zöllen nicht mehr die Rede sein kann, wünschen sie ein aktives Eingreifen der Regierung in die Frage der Produktionsbedingungen und der Valutadifferenzen; sie verlangen eine Lösung der Silberfrage. (Beifall rechts.)

Reichskanzler Graf **von Caprivi**: Ich gehe nicht auf die Wünsche betreffend die Doppelwährung ein; sie sind oft genug erörtert worden. Wenn einer der Abgeordneten die englische Regierung dahin bringt, sich auf die Frage einzulassen, werden wir weiteres in Erwägung ziehen. Was die Festlegung der Zölle betrifft, so verweise ich auf die Verhandlungen des Landwirthschaftsraths, der als das erste Interesse für das Gedeihen der Landwirthschaft Stabilität hinstellt. (Hört! links.) Was wünscht nun der Vorredner für die Zukunft in bezug auf den Handelsvertrag mit Rußland? Er hofft, daß der Differentialzoll bestehen bleibt und spricht gleichzeitig gegen die Aufhebung des Identitätsnachweises. Am 15. d. M. hat er hier geäußert, daß der Zoll von 50 M. gegen die Aufhebung des Identitätsnachweises ermäßigt werden könne. (Heiterkeit links. Widerspruch des Abg. Graf Mirbach.) Eine Eingabe, unter welcher auch Graf Mirbach steht, spricht von der Schädigung, welche die Differentialzölle den Ostprovinzen bringen müssen (Hört! links), und verlangt ebenfalls die Aufhebung des Identitätsnachweises. Zu meinem Bedauern ist es mir daher nicht gelungen, in den verschiedenen Aeußerungen des Vorredners eine Richtschnur für mein Verhalten zu entnehmen.

Abg. **Barth** (dfr.): Eine eingehende Debatte über die Währungsfrage werden wir ja noch bei dem Etat des Reichs-Schatzamtes haben; da wird der Ort sein, die agrarische Definition von der Bedeutung der Doppelwährung für die Landwirthschaft des Näheren zu erörtern. Was Graf Mirbach hier von der Zukunft der Landwirthschaft erzählt, ist ein Phantasiegebilde. Er erklärt die Fortsetzung des Preisdruckes für sicher, weil die Produktion immer größer und die Verkehrsbedingungen immer erleichterter werden. Solche Behauptungen sind sehr schwer zu beweisen. Wenn man die Vereinigten Staaten ins Auge faßt, ist das Gegentheil wahrscheinlicher. Für den Export landwirthschaftlicher Produkte ist dort bereits alles verfügbare Land in Verwendung genommen worden. Die zuletzt in Angriff genommenen Distrikte konnten schon garnicht mehr unter so günstigen Bedingungen in Kultur genommen werden, um noch lohnenden Export nach Europa zu ermöglichen. Dabei steigt die Einwohnerzahl. Das Bestehenbleiben des Differentialzolles kann doch keine Rettung für die nothleidende Landwirthschaft bedeuten. Er würde praktisch nur für Roggen, nicht für Weizen sein. Es würde sich dann aber auch die Bezugsart für russischen Roggen derart ändern, daß er über Holland, Belgien oder Oesterreich zu uns kommt, wie es zum Theil heute schon der Fall ist. Ginge es also auch nach dem Wunsche der Agrarier, so geschähe damit nichts Wesentliches zum Schutz der deutschen Landwirthschaft. Darum begreife ich nicht, wie man mit so schwerem Geschütz gegen den russischen Handelsvertrag zu Felde ziehen kann. Ich gestatte mir, nun auf die Frage der Errichtung eines permanenten Schiedsgerichtes für internationale Streitigkeiten einzugehen. In Amerika hat sich die Bewegung für diese Angelegenheit immer mehr ausgedehnt. Der Bewegung schlossen sich zahlreiche Mitglieder des englischen Unterhauses und einige Peers an und die von ihnen abgefaßte Adresse nahm der Präsident Cleveland mit großem Interesse entgegen; ebenso trat der französische Ministerpräsident Floquet für die Bewegung zur Herbeiführung internationaler Schiedsgerichts-Verträge energisch ein. In einem neuerlichen Beschlusse des Repräsentantenhauses wird der Präsident der Vereinigten Staaten aufgefordert, auf den Abschluß solcher Verträge hinzuwirken. Am 7. März wird im englischen Unterhause ein ähnlicher Antrag verhandelt werden. Am 4. März tritt außerdem der Präsidentenwechsel in den Vereinigten Staaten ein, Cleveland nimmt wieder den Präsidentenstuhl ein. Es würde doch eine ungemein große zivilisatorische Bedeutung haben, wenn zwischen einigen Weltmächten ein solcher Vortrag zu stande käme, so möchte ich auch Deutschland bei dieser Bewegung eine aktive Rolle spielen sehen. Das Auswärtige Amt sollte also in dieser Beziehung nicht zu spröde sein. Soweit es sich um europäische Staaten handelt, wird ja die Frage noch für unabsehbare Zeit aussichtslos sein, aber ungleich leichter erscheint ein Abschluß mit Amerika, um dem Gedanken zunächst einmal überhaupt Boden zu schaffen.

Staatssekretär **von Marschall**: Die Nordamerikanische Regierung hat uns von dem Beschlusse des Kongresses Kenntniß gegeben, aber keinen Auftrag daran geknüpft. Wir haben lediglich eine Empfangsbestätigung gegeben. Wir sind schon mehrfach bereit gewesen, internationale Streitigkeiten einem Schiedsspruche zu unterwerfen und werden das auch ferner thun. Auf die amerikanische Anregung werden wir bei der jetzigen Lage kaum eingehen, jedenfalls nicht darauf, alle internationalen Streitigkeiten solchen Schiedsgerichten zur Entscheidung zu unterbreiten.

Abg. **Scipio** (natl.) kann nicht zugeben, daß die Konsularberichte über die vorher erwähnten Handelsinteressen weniger zuverlässig sein würden, als irgendwelche anderen Berichte eines Konsuls.

Abg. **Bamberger**: Es ist hier auch die portugiesische Finanzkrisis berührt worden. Ich stehe da nicht ganz auf dem Standpunkt des Herrn Lucius und des Staatssekretärs, behalte mir aber vor, meine abweichenden Ansichten bei anderer Gelegenheit vorzutragen.

Abg. **von Kardorff** (Rp.): Für solche exotischen Anleihen, welche die Emissionshäuser auf den deutschen Markt werfen, müssen sie auch irgendwelche Haftbarkeit übernehmen, außerdem müßte ihnen eine starke Börsensteuer auferlegt werden. Die Aeußerungen des Reichskanzlers zwingen mich, ein Wort zur agrarischen und zur Währungsfrage zu sagen. Ich bedauere, daß ein Abgeordneter England dazu bringen soll, gemeinschaftlich mit uns für die Doppelwährung zu wirken. Das ist Sache der Regierung, nicht des einzelnen Abgeordneten. Wenn sie sich ins Zeug legt, kann etwas Gutes daraus werden. Wir brauchen allerdings England zur Regelung der Doppelwährung nicht. Daß die Frage national von uns allein gelöst werden soll, ist eine Erfindung des Abg. Barth. (Abg. Barth: Graf Kanitz hat es ja gesagt!) Kein Mensch hat jemals etwas dergleichen verlangt, ebenso wie es ein Märchen ist, daß wir die Silberwährung haben wollen. Wir wollen die Doppelwährung. In England sind seit 1870 2 Millionen Akres außer Kultur gesetzt worden. Solchem Zustande gehen auch wir entgegen. Ich habe sehr bedauert, daß die geringen Zölle, die noch bestehen, als ein Opfer für die Landwirthschaft von dem Reichskanzler bezeichnet wurden. Er will die Interessen der Konsumenten und der Besitzlosen wahrnehmen. Das ist die Tonart der siebziger Jahre, die wir aus den Reden der Herren Bamberger u. s. w. ganz genau kennen. Wer immer den Konsumenten, den Besitzlosen im Munde führt, ist entweder der Freund des internationalen Zwischenhandels, der Freisinn, oder derjenige, der immer die Unzufriedenheit im Lande rege erhalten will (Zwischenruf links: Der Agrarier! Heiterkeit) — der Sozialdemokrat! Der Reichskanzler soll sich nicht blos fragen, wie dies oder jenes Gesetz auf die Sozialdemokratie wirkt, sondern auch, wie es auf die Landwirthschaft wirkt. (Sehr gut! rechts). Ich erachte es für die erste Aufgabe jedes deutschen Staatsmannes, die Landwirthschaft vor den Gefahren zu bewahren, welchen sie heute entgegengeht. Der Staatsmann, der es versäumt, Maßregeln zu ergreifen, um sie zu schützen, trägt eine sehr schwere Verantwortung.

Abg. Graf **Mirbach**: Das Wort „vernünftig“, welches ich brauchte, bezog sich auf eine Aeußerung eines preußischen Ministers im Abgeordnetenhaus, der das Wort mir gegenüber als einen lapsus linguae bezeichnete.

Reichskanzler Graf **v. Caprivi**: Es würde zu weit führen, wenn man die Aeußerungen des Grafen Mirbach immer vollständig zitirte, aber auch, wenn ich diesen Satz verlesen hätte, würde für mich das Verständniß für seine Wünsche wegen des Handelsvertrages mit Rußland nicht zugenommen haben. Herr v. Kardorff will jedes Gesetz auch auf seine Wirkung in bezug auf die Landwirthschaft geprüft haben. Das geschieht stets und wird weiter geschehen. Der agrarische Bauer hat noch manche Schicht frischer Erde um sich. Ich würde in Verlegenheit sein, wo eine weitere Schicht frischer Erde herkommen sollte. (Sehr richtig! links.) Den Weg, den er einschlägt, halte ich zur Zeit für nicht gangbar. Wenn die Regierung den ersten Schritt thun soll, so muß er uns einen Rath geben, wie wir das anzufangen hätten. Auch wenn wir den energischsten Brief nach London schreiben, würden wir nichts erreichen. So oft also auch hier die bimetallistische Debatte wiederholt wird, an der faktischen Lage der Dinge wird dadurch nichts geändert.

Abg. Graf **Kanitz** (dk.): Die Frage der exotischen Anleihen wird besser aufgeschoben, bis die Resultate der Börsenenquete vorliegen. Hoffentlich wird es dann zu einer durchgreifenden Aenderung auf diesem Gebiete kommen.

Abg. **Lucius**: Die Gesandschaften müssen sich auch über die Kreditfähigkeit der Anleihen aufnehmenden Staaten aussprechen; lehnen sie dies ab, so steht das mit der Wahrnehmung ihrer Aufgabe in Widerspruch.

Abg. **Barth**: Der Abg. Graf Kanitz hat in der That in der Literatur die Meinung vertreten, daß wir die Währungsfrage allein, ohne internationale Verhandlungen lösen könnten, er hat das in einem Aufsatze in dem Blatte „Der Kampf um die Währung“ offen ausgesprochen. (Redner verliest den betreffenden Passus.) Die deutschen Bimetallisten sind also entschlossen, Deutschland allein dieses halsbrecherische Manöver zuzumuthen.

Staatssekretär **v. Marschall**: Es ist nicht Sache des Auswärtigen Amts, eine Verantwortlichkeit zu übernehmen für die deutsche Emission auswärtiger Anleihen.

Abg. **v. Kardorff**: Es kann doch ohne weiteres im Deutschen Reiche ein Gesetz gemacht werden, welches die Doppelwährung einführt, dem Bundesrath aber vorbehalten bleiben, das Gesetz erst in Kraft zu setzen, wenn so und so viele andere Nationen sich angeschlossen haben. (Große Heiterkeit links.)

Abg. **Barth**: Herr Graf Kanitz spricht ausdrücklich von einer deutschen „selbständigen Münzpolitik“. Ist das, was Herr von Kardorff jetzt erzählt, etwa eine selbständige deutsche Münzpolitik? (Heiterkeit links.)

Abg. Graf **Kanitz**: Ich wiederhole, daß ich stets nur an eine internationale Regelung gedacht habe. Wenn Herr Barth das anders auffaßt, irrt er sich. So wie wir vorgehen, folgt England und folgen die andern Staaten (Gelächter links). In allen Ländern mit Goldwährung ist ein so tiefes Mißvergnügen vorhanden, daß man nur auf den Anstoß wartet, zur Doppelwährung überzugehen. (Erneutes Gelächter links.)

Abg. **Bebel**: Die Herren rechts verwickeln uns jetzt jeden Tag in eine agrarische oder Währungsdebatte. Ich beschränke mich dazu auf die Bemerkung, daß, wenn Deutschland auf dem Gebiete der Doppelwährung den Anfang macht, ohne die andern Nationen zu fragen, das gesammte deutsche Geschäftsleben in große Verwirrung und Unruhe hineingestürzt werden wird. Stände die Forderung so im Vordergrunde, warum sind denn nicht diese oder jene anderen Staaten vorangegangen? Warum hat sich vor allem nicht die amerikanische Regierung dazu bereit gefunden? Weil sie weiß, daß sie bei den andern Regierungen keine Gegenliebe finden würde. Deutschland kann erst nach England und Amerika kommen. Herr von Kardorff will nicht die Silberwährung, sondern die Doppelwährung. Aber bei Einführung der Doppelwährung werden sofort alle Inlandspreise in der Silberwährung, alle internationalen in der Goldwährung sich ausdrücken; wir bekämen also im Inlande thatsächlich die reine Silberwährung. Der Roggenzoll von 35 M. soll, gegen Rußland zugelassen, die deutsche Landwirthschaft ruiniren. Unzweifelhaft liegt doch auch die russische Landwirthschaft im Ganzen außerordentlich darnieder. Die Bevölkerung wird, wie mir scheint, genöthigt sein, mehr zum Weizenkonsum überzugehen. Die 5 Jahre höchsten Zolls haben die Agrarier nicht dazu benutzt, den Roggenbau zu vermehren, während wir seit 1872 in Deutschland um 8 Millionen Menschen zugenommen haben. Unsere besten Ländereien sind der Zuckerrüben-Produktion zugewendet worden, Getreide ist auf schlechtem Boden gepflanzt. Wir könnten heute bei Ausbruch eines Krieges in Hungersnoth gerathen (Unruhe rechts). Solche Kalamitäten hat die Reichsregierung im Auge zu behalten und die Maßregeln zu ihrer Verhinderung zu treffen. Bringen wir doch, um den Klagen der Landwirthschaft ein Ende zu machen, der Landwirthschaft den Antrag auf Expropriation des gesammten Grund und Bodens entgegen (Heiterkeit links). Alles weitere wird sich dann aus diesem Schritt ergeben. Wenn keine Maßregel sie aus dieser Nothlage retten kann, muß der Schritt der Enteignung gethan werden. Hinter Nordamerika, England und Frankreich sollte doch das Deutsche Reich bezüglich der Schiedsgerichtsfrage nicht zurückbleiben. Der politische Zustand in Europa liegt wie ein Alp auf der gesammten Bevölkerung; jeder Schritt, der dazu beitragen kann, Europa eine allgemeine Katastrophe zu ersparen, sollte mit Freuden begrüßt werden. Herr v. Marschall hat eine befriedigende Antwort nicht gegeben; namentlich hat er nicht gesagt, welcher

Art die Gedanken, welche ein solches Vorgehen Deutschlands bei andern Mächten erregen könnte. Deutschland würde nach meiner Meinung einmal seine Friedensliebe bethätigen und dann sich die Sympathien der Völker Europas in einem Grade erwerben, wie auf keine andere Weise; selbst wenn der Schritt erfolglos bliebe. Von diesem Gesichtspunkte betrachtet, wäre es doch wohl des Schweißes der Edlen werth, wenn auch der Reichstag der Sache näher träte und eine entsprechende Resolution beschlösse.

Reichskanzler Graf **Caprivi**: Der Abg. Bebel hat Schiedsgerichte empfohlen, er deutet an, daß die elsaß-lothringische Frage vor deren Forum gezogen werden könnte und meint, Deutschland sei nicht ganz unschuldig an dem Kriege 1870/71. Wenn ein solches Schiedsgericht beschließen würde, Elsaß-Lothringen sei herauszugeben, dann würde sich Deutschland nicht fügen, sondern den letzten Blutstropfen daransetzen. (Beifall rechts.)

Abg. **Bebel**: Diese Schiedsgerichte sollen doch für zukünftige Verwickelungen eintreten, nicht für vergangene.

Abg. **Baumbach** (dfr.): Die Frage des Schiedsgerichts ist im vergangenen Jahre auf dem Interparlamentarischen Kongreß in Bern eingehend diskutirt worden. Ich bin auch zugegen gewesen. Französische Delegirte regten an, daß in den verschiedenen Parlamenten die Anregung des nordamerikanischen Kongresses zur Sprache gebracht werden sollte. Die elsaß-lothringische Frage hat in diesen Verhandlungen gar keine Rolle gespielt und ich persönlich habe gar keinen Zweifel auf der Konferenz in Bern gelassen, daß diese Frage gar nicht diskutirbar ist. Wir sind mit dem Reichskanzler der Meinung, daß das Errungene nicht herausgegeben werden darf. (Beifall links.) Unsere Idee ist, daß es mit der Zeit zu einem völkerrechtlichen Grundsatz werden möge, vor der ultima ratio regum schiedsgerichtliche Verhandlungen anzubahnen. Wir meinen, daß diese Idee ausführbar ist und bitten den Reichskanzler, sich freundlicher als bisher ihr gegenüber zu stellen.

Abg. **Wisser** (wild) tritt für die Handelsverträge und die Fixirung der Kornzölle ein. Die Kornzölle müßten auf der Vertragshöhe bleiben, bis auch die Industriezölle heruntergesetzt seien. Die Klagen der Grafen Mirbach und Kanitz seien nur Klagen des Großgrunddesitzes, der sich aus eigener Kraft nicht erhalten könne.

Abg. **v. Kardorff** dankt dem Abg. Bebel, daß er sich endlich auch mit der Währungsfrage zu beschäftigen anfängt. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika hätten nicht die Verpflichtung, in der Währungsfrage die Initiative zu ergreifen; Deutschland aber habe durch seine Goldwährung erst die Währungsfrage aufgeworfen und den ganzen Wirrwarr angerichtet. (Heiterkeit links.) Sieben Achtel des deutschen Bodens könnte nicht Weizen, sondern blos Roggen tragen. Die Zuckerrüben hätten auch den Getreidebau nicht eingeschränkt.

Abg. **v. Hornstein** (wild-kons.) tritt der Forderung auf Aufhebung des Identitätsnachweises entgegen. Graf Mirbach mache sich in seinem Auftreten verschiedener Inkonsequenzen schuldig. Beibehaltung des hohen Zolles und Aufhebung des Identitätsnachweises gleichzeitig sei unausführbar. Gerade die Aufhebung des Identitätsnachweises müsse den bestehenden Zoll aufs äußerste schwächen. Wenn die Herren in den Ostprovinzen über die Sachsengängerei jammern, so sollten sie daran denken, daß aus Süddeutschland jährlich 250 000 Menschen in die Schweiz wandern. Der Süddeutsche treibe deshalb doch Landwirthschaft, aber er bezahle seine Arbeiter so, wie die Schweiz, d. h. fünf bis sechs Mal so hoch wie in dem preußischen Osten. Süd- und Westdeutschland wolle nichts voraus haben vor dem preußischen Osten, aber auch nicht geschädigt werden. Die Aufhebung des Identitätsnachweises würde der Gerechtigkeit so widerstreben, daß kein Süd- und Mitteldeutscher seine Zustimmung dazu geben könne.

Damit schließt die Debatte. Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt, desgleichen ohne Diskussion die Mehrforderung für zwei vortragende Räthe und für die Vermehrung der Beamten des Zentralbureaus.

Es folgt das Kapitel: **Gesandtschaften, Konsulate und Schutzgebiete.** Bei dem Gehalt für den Botschafter in Rom wird die im Etat beantragte Zulage von 20 000 M. abgesetzt, das Gehalt unverändert auf 100 000 M. belassen.

Die Verlegung des Konsulats in Nisch nach Belgrad beantragt Abg. Graf **Kanitz** abzulehnen. Nach kurzer Befürwortung durch den Direktor im Auswärtigen Amt **Reichhardt** und Staatssekretär **von Marschall** wird die Forderung bewilligt, desgleichen der Rest des Kapitels, ebenso die allgemeinen Fonds. Vorbehalten bleibt die Berathung der in diesen Kapiteln befindlichen auf die Schutzgebiete bezüglichen Petitionen.

Von den einmaligen Ausgaben beantragt Abg. Graf **Kanitz** die Streichung der Subvention von 10 000 M. für die zoologische Station in Rovigno an der Adria, weil er darin eine sachlich nicht gerechtfertigte Unterstützung des Berliner Aquariums sieht.

Referent Abg. **Prinz Arenberg** empfiehlt dringend die Bewilligung der Position. Es handele sich nicht um eine Subvention, sondern um ein wissenschaftliches Institut ersten Ranges, dessen Unterstützung eine Ehre für Deutschland sei. Für die Beihilfe verpflichte sich die Leitung des Unternehmens, den deutschen Universitäten lebendes und konservirtes Material gegen Erstattung der Selbstkosten zu liefern und für Gelehrte 2 Arbeitsplätze nebst Material kostenfrei zur Verfügung zu stellen.

Abg. **Witte** (dfr.) schließt sich diesen Ausführungen durchweg an. Dem Grafen Kanitz komme es wohl weniger auf das Aquarium, als auf das Agrarium an. (Große Heiterkeit.)

Abg. **v. Kardorff** wird für die Forderung stimmen, hofft aber, daß die Linke gleiches mit gleichem vergelten werde, wenn es sich um Geld für wissenschaftliche Zwecke in den Kolonien handele.

Abg. Graf **Kanitz** kann wegen der heutigen Finanzlage die Forderung nicht bewilligen.

Staatssekretär **v. Marschall**: Von Preußen ist die Aufnahme dieser Position in den Reichsetat aufs allerdringendste befürwortet worden; wir können also nur um Bewilligung bitten.

Der Titel wird darauf genehmigt, ebenso die übrigen Posten im Extraordinarium.

In nochmaliger Abstimmung wird der gestern angenommene und handschriftlich eingebrachte Antrag betreffs Anstellung von Erhebungen über die Vorkommnisse bei der Wahl des Abg. Ahlwardt heute gegen die Stimmen der Linken abgelehnt, nachdem Abg. **von Marquardsen** (ntl.) erklärt hat, daß die Nationalliberalen dem Antrag nicht zustimmen könnten, da er von der in der Wahlprüfungskommission ev. beschlossenen Fassung abweicht.

Schluß 5¼ Uhr. Nächste Sitzung **Mittwoch** 1 Uhr (Etat der Schutzgebiete.)

Lokales.

Unter der Ueberschrift: Eine eigenthümliche Praxis, brachte der „Vorwärts" in Nr. 46 vom 23. Februar eine Notiz, welche mit Recht die nachträgliche Erhöhung ärztlicher Liquidationen bei Eingehung seitens des „Rechtsschutz-Vereins Berliner Aerzte" scharf kritisirte. Wenn diese nachträgliche Erhöhung auch gerade keine Erpressung darstellt, so ist doch der Nachsatz: „bei nicht erfolgter Zahlung und im Wege der Klage wird eine Erhöhung nach der Medizinaltaxe vorbehalten", mindestens eine höchst unanständige Drohung. Und was heißt das: nach der Medizinaltaxe? Wie viel, oder richtiger gesagt, wie wenige der Berliner Aerzte liquidiren denn überhaupt noch **unter** derselben? (!) Die Taxe für die Medizinalpersonen datirt vom 21. Juni 1815 und lautet Abschnitt II Nr. 1: Für den ersten Besuch innerhalb der Städte und Vorstädte ⅔—1⅓ Thlr. (Welche von den verschiedenen möglichen Sätzen innerhalb des gegebenen Spielraums hier und in den unten weiter folgenden Positionen jedesmal anzuwenden? hängt, vornehmlich nach dem Vermögensstande des Zahlungspflichtigen, von dem Gutachten der feststehenden Behörde ab. In großen Städten, das ist solchen, die mindestens 10 000 Einwohner zählen, ist im allgemeinen eine größere Wohlhabenheit zu vermuthen; und daher sind dort in der Regel die höheren Sätze, in den weniger bevölkerten Städten und auf dem platten Lande aber die niederen Sätze in Anwendung zu bringen.)

Nr. 2. Für jeden folgenden Besuch mit Inbegriff der zu verschreibenden Rezepte ⅓—⅔ Thlr. Für etwaige Kurkosten kann hierbei **nichts** angesetzt werden.

Nr. 3. Für den ersten Besuch, wenn der Kranke über eine Viertelmeile von der Stadt oder Vorstadt entfernt ist, 1—2 Thlr.

Nr. 4. Für jeden folgenden Besuch in solcher Entfernung ⅔—1 Thlr. Bei Entfernungen **über** eine Viertelmeile von der Vorstadt steht dem Arzt auch das Recht zu, freie Fuhre zu verlangen. Bei allgemein anerkannt kontagiösen Fiebern (ansteckenden Krankheiten), durch deren Behandlung das Leben des Arztes selbst gefährdet wird, findet eine Verdoppelung der hier von Nr. 1—4 angenommenen Sätze statt. Scharlach und Cholera (!) werden nicht zu den kontagiösen Fiebern gerechnet.

Nr. 5. Wenn der Arzt mehrere zu einer Familie gehörende und in einem Hause wohnende Kranke zu besuchen hat, **darf** er für den zweiten, dritten u. s. w. nur die Hälfte des bestimmten Satzes fordern.

Nr. 6. Wenn aber mehrere Familien in einem Hause wohnen, die denselben Arzt gebrauchen, so kann er dann von jeder Familie das volle Sostrum fordern.

Nr. 7. Für jeden nächtlichen Besuch innerhalb der Stadt und Vorstadt, wenn es der erste Besuch des Kranken ist, 2 bis 3 Thaler.

Nr. 8. Für denselben, wenn er zu den nachfolgenden Besuchen gehört, 1½—2 Thaler.

Nr. 11. Für einen nächtlichen Besuch gilt ein jeder, der von 10 Uhr Abends bis des Morgens um 6 Uhr gefordert wird.

Nr. 14. Für ein aus dem Hause abgeholtes Rezept ⅛ bis ¼ Thaler.

Nr. 15. Für ein dergleichen in der Nacht ¼—½ Thaler.

Nr. 18. Für den Beistand eines Arztes bei einer Operation 1—3 Thaler.

Nr. 19. Für den Beistand eines Arztes bei einer Niederkunft 3—4 Thaler.

Nr. 20. Für die Ausfertigung eines Gesundheits- oder Krankheitsscheines ⅓—1 Thaler.

Vorstehendes dürften wohl die am meisten in Anwendung kommenden Bestimmungen der Medizinaltaxe sein. Es kann sich hiernach leicht jeder berechnen (falls er sich gemerkt hat, wie viel Besuche der Arzt abgestattet hat und wie oft derselbe in der Sprechstunde konsultirt ist), was der Arzt fordern **darf** und bis wie hoch der „Rechtsschutz-Verein Berliner Aerzte" erhöhen **kann.** Eine nachträgliche Erhöhung der Liquidation ist übrigens rechtlich **nicht** zulässig, falls die zuerst gesandte Liquidation nicht eine dahingehende Bemerkung trägt.

Zu dem Fall Oellrich. In Nummer 46 brachten wir die „Berichtigung" des Herrn Sanitätsrath Dr. **Becher**, welche er statt an uns, an die „Medizinische Reform" gerichtet hatte. Zu dieser Berichtigung hat nun Herr R. Oellrich folgende Erklärung gegeben:

Ich bin bis zum 28. November 1892 Mitglied der „Meyerschen" Kasse gewesen, an diesem Tage „ausgesteuert", seitdem ohne Behandlung krank. Vor 6 Jahren habe ich an Bluthusten gelitten, bin damals von Herrn Dr. Lanz, Gr. Frankfurterstr. 101, behandelt worden; 1890 bin ich auf 8 Wochen wegen Lungenverschleimung im katholischen Krankenhause, im letzten Jahre in Behandlung der Kassenärzte Herren Dr. **Worms**, Neue Königstr. 81, und Dr. **Lachmann**, Landsbergerstr. 93, bei diesem nur die letzten 8 Wochen gewesen.

Beide letzteren Herren Aerzte hatten mir behufs Erlangung der Invalidenrente Atteste ausgestellt, in denen sie meine Arbeitsunfähigkeit bezeugten. — Am 1. Dezember besuchte mich Herr Sanitätsrath Dr. Becher, Münzstr. 4, um als Vertrauensarzt im Auftrage der Versicherungsanstalt mich zu untersuchen.

Während ich sonst fast den ganzen Tag zu Bette lag, war ich, als Herr Sanitätsrath Dr. **Becher** kam, aufgestanden, um mich zur Untersuchung zu reinigen und frische Wäsche anzuziehen.

Sobald ich das Hemd abgezogen hatte, rief Herr Sanitätsrath **Becher** aus: „Mann, Sie sind ja vollständig abgemagert." Ob er gesagt hat „wie ein Skelett", kann ich nicht mehr behaupten.

Darauf untersuchte mich Herr Sanitätsrath **Becher** und nach Beendigung der Untersuchung, beim Fortgehen, sagte er zu mir: „Na, Sie werden doch noch **etwas** arbeiten können." Ich erwiderte: „Herr Rath, ich kann in meiner Lage nicht einen Pfennig verdienen." Darauf entgegnete Herr Sanitätsrath **Becher**: „Na, Sie werden doch wohl noch Düten kleben können" und entfernte sich gleich darauf. — Während der Untersuchung war Herr Sanitätsrath **Becher** sehr nett zu mir gewesen, sodaß ich meine ganze Hoffnung auf ihn gesetzt hatte; durch seine letzten Worte war ich so enttäuscht, daß ich nach seinem Fortgange bitterlich weinte.

Wenige Tage darauf erhielt ich den abweisenden Bescheid. Meine Frau ging zu Herrn Sanitätsrath **Becher** in seine Wohnung, um ihm die Sache vorzustellen. Er berief sich auf seinen Eid und rieth m... wir sollten uns ans Schiedsgericht wenden.

Diesen Rath habe ich befolgt, da ich durchaus arbeitsunfähig bin und alle Tage schwächer werde, viel huste und Nachts schwitze.

Die Atteste der Herren Dr. **Worms** und Dr. **Lachmann** sind zu den Akten eingereicht und am 21. d. M. bin ich im Auftrage des Schiedsgerichts noch einmal untersucht von Herrn Sanitätsrath Dr. **Becker**, Blücherstr. 23.

Meine Frau kann bezeugen, daß alles sich so verhält, wie ich erzählt habe. Ich selbst bin bereit, diese Aussage nöthigenfalls vor Gericht zu beschwören.

Berlin, den 23. Februar 1893.

Robert Oellrich, Weberstr. 22, Hof part.

Kartelle und Ringe oder Börsenzeitungs-Flunkereien. Die „Börsenzeitung" sucht, augenscheinlich im Auftrage der nationalliberalen Bochumerleute, die Machenschaften jener 170 Bergwerksunternehmer, welche das **Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat** gegründet haben, zu vertheidigen, indem sie die „Kartelle" im Gegensatz zu den „Ringen" verherrlicht. Den „Kartellen" legt sie einen nationalen, den „Ringen" einen internationalen Charakter bei. Das ist Blödsinn. Ringe wie Kartelle bezwecken gleichmäßig **Ausbeutung der Konsumenten.** Gemeingefährlicher für den Konsumenten sind sogar die Kartelle, die, weil echte Kinder des Schutzzolls, nur mit einem beschränkten Gebiet zu rechnen haben, da der vaterländische Schutzzoll die Abwehr des Eindringens fremder Konkurrenz bis zu einer gewissen Höhe besorgt und die Kartelle daher eine Art Privileg für Ausraubung der einheimischen Konsumenten haben. Ringe dagegen erstrecken sich nicht auf ein räumlich begrenztes Wirthschaftsgebiet, sondern über die ganze Erde, und haben wenigstens in der Gesetzgebung keinen Bundesgenossen, müssen also erst die Zollschranken überspringen, ehe sie an die Ausraubung des Konsums gehen können. Auch haben sie es mit einer ungleich stärkeren Konkurrenz zu thun und müssen daher in der Ausbeutung sehr vorsichtig zu Werke gehen, was das Syndikat nicht einmal nöthig hat.

Die „Berliner Börsen-Zeitung" salbadert:

„Nach alledem scheinen die Kartelle berufen zu sein, für das Großgewerbe das zu werden, was in ihrer Blüthezeit im 16. Jahrhundert die Innungen für das Kleingewerbe waren, Institute des wirthschaftlichen Lebens, die jeder Verschwendung von Kapital und Arbeit entgegentreten. — Anders die Ringe. Hier bemächtigt sich eine kapitalkräftige Gruppe möglichst der ganzen Produktion eines bestimmten Erzeugnisses, hat es deshalb jederzeit in der Hand, die Preise blitzschnell in die Höhe zu treiben oder wenn gefährliche Konkurrenz in Sicht ist, sie tief unter die Selbstkosten herabzusetzen, um dadurch die Konkurrenz meuchlings zu beseitigen."

Das ist eine unverschämte Flunkerei. Die Kartelle sind nicht weniger gemeinschädlich, als die Ringe. Beide treiben Wucher mit der Konsumtion und beide gleich — schofel. —

Die Schloßbauplatz-Verböserungskommission der Stadtverordneten tagte heute. Der Kommission gehört bekanntlich kein Sozialdemokrat an — was soll denn auch in der Entengrütz-Kommission ein Gegner der Bewilligung von viel Geld aus dem Stadtsäckel zu gunsten der Ausführung des Absatzes 1 des Kunze'schen Projektes? Prinzipieller Gegensatz gegen die bekannte Wadenstrümpfervorlage war so gut wie nicht vertreten. Nur wollten die Herren gerne wissen, wie viele Millionen der kleine Scherz kosten würde. Drei Millionen meinte der Magistrat, **wenn** die Häuser, Königsstraße 1—4 **nicht** angekauft, wenn vielmehr lediglich ein **neuer Mühlendamm** dort errichtet werden würde. Der Magistrat bemühte sich darzulegen, daß die Terrassenfrage **keinerlei** Rolle gespielt habe (!) und daß der Kronfiskus sich zu Beiträgen für Verbreiterung des Schloßplatzes bereit zu erklären **keinen** Anlaß genommen hat, daß der Magistrat auch nicht versucht hat, Beiträge vom Kronfiskus sich zu sichern. Sehr lebhaft wendete sich der Magistrat dagegen, wegen der Terrassenfrage anzufragen; er befürchtete, nicht wissen zu können, an **wen** er sich dieserhalb wenden könne (na nu? giebt denn der Adreßkalender keine Auskunft?) Der Ausschuß vertagte sich schließlich, weil er noch weitere Informationen vom — Magistrat erwartet.

Der Petition des Vereins Berliner Presse an den Reichstag, welche ein für das Deutsche Reich geltendes Strafvollzugsgesetz unter besonderer Berücksichtigung der Presse verlangt, haben sich der „Frankfurter Journalisten- und Schriftstellerverein", der „Verein Dresdener Presse" und der „Münchener Journalisten- und Schriftstellerverein", sowie die Redaktionsmitglieder des „Geselligen" in Graudenz angeschlossen. Der „Münchener Journalisten- und Schriftstellerverein" hat beschlossen, im Anschluß an jene Eingabe des Berliner Vereins eine eigene Petition in erweiterter Form an den Reichstag zu senden.

Schießende Posten. Das „Berliner Tageblatt" bringt folgende Mittheilung:

„Zwei Gewehrschüsse erdröhnten gestern Nacht zwischen 1 und 2 Uhr in **Moabit** in der Nähe des Packhofes; es war wieder einmal ein **Militärposten**, der auf einen das „Halt!" nicht beachtenden **Passanten gefeuert** hatte. Dieser Passant, ein Schauspieler, war in die Lüneburgerstraße geflohen und dort von mehreren Personen gestellt worden, bis der Posten hinzukam und den Ausreißer festnahm, den er sodann nach dem Packhof transportirte. Zeugen dieses Vorganges erstatteten von demselben Anzeige auf der Militärwache im Untersuchungsgefängniß, von wo aus der Wachtposten um 2¼ Uhr abgelöst wurde; auch der Arrestant wurde mitgeführt und später durch zwei Soldaten nach der in der Gerhardtstraße gelegenen Polizeiwache gebracht. Die beiden Kugeln haben glücklicher Weise keinen Schaden angerichtet."

Der sozialdemokratische Verein „Vorwärts" von Rixdorf unternahm am Sonntag, den 26. Februar, eine Agitationspartie nach den Ortschaften Rudow, Schönefelde, Diepensee, Wasmannsdorf, Selchow und Bohnsdorf. Ueber dieselbe wird uns von den Genossen berichtet: Vom herrlichsten Sozialistenwetter begünstigt, hatten sich zirka 25 Genossen eingefunden. Die Verhältnisse haben sich geändert; es ist in der Umgegend Berlins nicht mehr so gefährlich, wie noch vor wenigen Jahren; die Landleute lassen sich in Diskussionen ein, sie nehmen die Schriften sehr gern an und es ist nicht zu verkennen, daß die sozialistische Bewegung Wurzel faßt. Die Leute fragen, weshalb wir die hohen Löhne wollen und gegen die Getreide- und Viehzölle eintreten? Wir haben ihnen klar gemacht, daß nur der Großgrundbesitz Vortheil davon hätte, und ist insofern ein Erfolg zu verzeichnen, als ein Wirth in Schönefeld sich bereit erklärt hat, sein Lokal zu einer Versammlung zu geben, welche am Sonntag, den 12. März, stattfindet.

Einzelne Beobachtungen verdienen hervorgehoben zu werden. In Selchow schlafen die Knechte auf dem Rittergute in einem vollständig ungenügenden Raum; die Betten stehen übereinander, Dielen sind nicht vorhanden. Ebendaselbst begegneten wir einer Frau mit einem 5jährigen Kinde, augenscheinlich im höchsten Elende befindlich; der Mann war vor kurzem an der Schwindsucht gestorben und da sie erst 1½ Jahr da sind, so sind sie nicht heimathberechtigt und bekommen keine Unterstützung. Mutter und Kind hatten zerrissene Mannsstiefel an. Als Zeichen der Zeit sind wohl die vielen Handwerksburschen und Better zu betrachten, welche die Straße bevölkern, trotzdem dort keine Heerstraße ist. Hoffen wir, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo solche Zustände unmöglich sind. Am 12. d. Mts. findet in **Schönefeld** bei Pietsch eine Versammlung statt, in der **Fritz Zubeil**-Berlin über die **Militärvorlage** sprechen wird.

Ein Mann nach dem Herzen der Bourgeoisie ist der seit dem 5. Februar verschwundene Kaufmann Fr. A. **Munck**. Bei dem letzten Buchdruckerstreik war er eine Hauptstütze der Berliner Prinzipale, denen er Streikbrecher, besonders aus Wien, zuzuführen hatte. Diesem seinem Verdienst wurde nicht blos klingender Lohn zu Theil, sondern ihm dankte er auch die Empfehlung an die renommirte Schriftgießerei Schelter u. Giesecke in Leipzig, die er in Berlin vertrat, und die den Aberglauben, daß ein Lump, der gegen die Arbeiter alle möglichen Ränke schmiedet, wenigstens ehrlich gegen die Prinzipale sein müsse, theuer büßen muß. Die Unterschlagungen, welche Munck geübt, sollen sich auf 100 000 M. belaufen. Einem Hausdiener, Joh. Adams, den Munck in Berlin annahm, schwindelte er eine Kaution von 1000 M. ab, die der arme Mann wohl kaum wiederkriegen wird. Die Firma Schelter u. Giesecke hält sich nicht einmal verpflichtet, ihn ferner in ihrem Dienst zu behalten, und so ist auch kaum der Hoffnung Raum zu geben, daß sie es für ihre Pflicht halten wird, dem Adams die Kaution wieder zu verschaffen.

In schwerkrankem Zustande erschien gestern Vormittag gegen 12 Uhr auf dem Bureau des 17. Polizeireviers in der Kaiser-Wilhelmstraße die seit 8 Wochen als vermißt gemeldete 19jährige Bertha Flegel, aus Rothenburg in Schlesien gebürtig, welche um Ueberführung in ein Krankenhaus bat, da sie bereits seit **dem 7. Februar d. J. nichts mehr gegessen habe.**

Die Person, welche sich in total entkräftetem Zustande befand und sich vor Schwäche kaum noch auf den Füßen zu halten vermochte, gab an, daß sie bis zu dem oben erwähnten Tage bei dem in der Kaiser Wilhelmstraße 19 wohnenden Restaurateur Hübner in Dienst gewesen sei. Ihr Bruderer hatte sie eines Vergehens wegen Knall und Fall aus der Stellung entlassen und da sie befürchtet, daß Herr H. sie bei der Polizei angezeigt, so sei sie nach einer in der 4. Etage desselben Hauses belegenen leerstehenden Wohnung gegangen; dort habe sie sich eingeschlossen, um zu verhungern. Wie die F. ferner behauptet, hat sie die 8 Wochen hindurch nur von dem Genuß

von Wasserleitungswasser gelebt; da die Nachforschungen der Polizei die Angaben des unglücklichen Mädchens bestätigten, so wurde die F. mittels Droschke nach dem Krankenhause Friedrichshain überführt.

Bei einer Zahnoperation — einen Finger zu verlieren, dieser Fall dürfte wohl noch nie dagewesen sein. Vor einigen Tagen erschien bei dem Unter den Linden 20 wohnenden Zahnarzt Dr. Tidick der Maschinenbauer Raabe, um sich einen Zahn ziehen zu lassen. Der Patient nahm auf einem der Operationsstühle, welcher mit einem schiebbaren Sitzbrett versehen war, Platz; R. lehnte sich möglichst weit zurück und umklammerte mit beiden Händen — wie dies übrigens die meisten Patienten zu thun pflegen — die Stuhllehnen. Der Operateur hatte nicht bemerkt, daß R. die Hände zwischen Sitzbrett und Stuhllehne hielt und er versuchte, den Stuhl in eine andere Lage zu bringen. Dabei theilt sich infolge des Mechanismus das Sitzbrett, R. gerieth mit dem Zeigefinger der rechten Hand in die Spalten und im nächsten Augenblick war der Finger buchstäblich abgeschnitten. Der unglückliche Patient mußte sich sofort in die nahegelegene Klinik des Professor Dr. Wolff begeben, wo er einen Nothverband erhielt. Uebrigens hat R. erst vor wenigen Monaten einen Finger derselben Hand durch Unfall an einer Maschine verloren.

Der Oberstabsarzt Wendelin Ahmann, der am 30. September v. J. sein 58. Lebensjahr vollendete und sich am 24. d. M. in seiner Schönwalderstr. 6 zu Spandau belegenen Wohnung mittels einer mit Schrot geladenen Jagdflinte einen Schuß in den Kopf beibrachte, ist gestern Nachmittag um 2 Uhr in der königlichen Klinik seinen Verletzungen erlegen. Als Grund für die That muß augenblickliche Geistesstörung angenommen werden.

Aufsehen erregt das Verschwinden des Bahnhofs-Inspektors Sachler, der seit mehreren Jahren dem Anhalter Bahnhofe in Groß-Lichterfelde bei Berlin vorstand. Am Freitag Nachmittag begab er sich in Zivilkleidung mit Dienstmütze von dem Anhalter nach dem Potsdamer Bahnhofe in Lichterfelde, um angeblich einen Ausflug nach Potsdam zu unternehmen. Nachdem er seine Uniformmütze mit einer anderen Kopfbedeckung vertauscht hatte, ist er zunächst nach Potsdam gereist. Da er zu seiner in der Dienstwohnung zurückgebliebenen Familie nicht zurückkehrte, so schöpfte man Verdacht und unterwarf die Stationskasse einer Revision. Hierbei ergab sich, daß ein Fehlbetrag, der auf 10 bis 12 000 M. geschätzt wird, vorhanden ist.

Infolge geistiger Umnachtung stürzte sich in der verwichenen Nacht gegen 11½ Uhr die einundvierzig Jahre alte unverehelichte Ida Neumeyer aus einem Fenster ihrer im vierten Stock des Hauses Rykestr. 4 belegenen Wohnung auf den gepflasterten Hof hinab. Sie erlitt außer einem Schädelbruche schwere innere Verletzungen, so daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Herr Schriftsetzer Kamman erklärt, daß weder bei ihm eine Haussuchung stattgehabt, noch auch daß irgend ein Grund dazu vorlag, eine solche nach fremden Loosen vorzunehmen. Die gebrachte Notiz sei ein Machwerk eines früher in dem Geschäft thätig gewesenen übelbeleumundeten Subjekts.

An die Parteigenossen des zweiten Berliner Wahlkreises! Wie Euch allen bekannt, sind wir mit dem zu Euch gehörigen „Kirchhof zum heiligen Kreuz" bedacht worden, dadurch werdet Ihr jetzt öfter moralisch gezwungen sein, die Orte Tempelhof und Mariendorf zu besuchen. Deshalb richten wir an Euch die dringende Bitte, uns durch strenge Innehaltung unserer Boykottliste zu unterstützen. Nachstehend lassen wir dieselbe folgen:

Lokal mit Saal steht uns nicht zur Verfügung, es ist aber, um den Boykott wirksamer zu gestalten, laut Volksversammlungs-Beschluß nur über die Saalbesitzer Wwe Schensch, Feldstr. 14, und Karl Haak, Chausseestraße, die Sperre verhängt.

Parteiblätter legen aus: Hilgert, Ackerstr. 14 (wo wir unsere Versammlungen abhalten müssen); Wwe. Stolzenburg, Chausseestraße und Schramm, Dorfstraße.

Parteiblätter legen nicht aus: Rockel, Chausseestraße; Bahr, Chausseestraße, und Martwig, Chaussee- und Dorfstraßen-Ecke.

Die Lokalkommission für Mariendorf.

Gerichts-Zeitung.

Die Eislebener Affäre vor Gericht.

Eisleben, den 27. Februar.

Nachdem der Präsident um 9 Uhr die Verhandlung eröffnet, richtet er das dringende Ersuchen an sämmtliche Betheiligte, Angeklagte, Zeugen 2c., in der Verhandlung keine Politik zu treiben. Dieselbe gehöre nicht in den Gerichtssaal. Es handle sich darum, die Wahrheit zu ermitteln und festzustellen, und das könne nur geschehen, wenn man sich nicht durch politische Ansichten und Meinungen beeinflussen lasse, und würde er es nicht dulden, daß politische Ansichten hier erörtert werden.

Hierauf erhebt der Vertreter der angeklagten vier Parteigenossen (Franke, Wolf, Ritter und Krüger), Rechtsanwalt Wolfgang Heine-Berlin, als Nebenkläger Einspruch gegen die Zuständigkeit des Landgerichts. Seiner Ueberzeugung gemäß liege Landfriedensbruch vor, wofür er den Beweis durch von ihm namhaft gemachte 25 Zeugen zu erbringen in der Lage sei. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft erhebt dagegen Widerspruch und spricht dem Vertheidiger das Recht ab, einen derartigen Antrag zu stellen, worauf Rechtsanwalt Heine, seinen Einspruch aufrechterhaltend, dem Staatsanwalt klar macht, daß er, da sich's um die Gegenklage wegen vorsätzlicher Körperverletzung seiner Mandanten handelt, wohl dazu befugt sei. Nachdem nochmals der Staatsanwalt wie auch der Vertreter der angeklagten Bergleute, Rechtsanwalt Keil aus Halle sich dagegen erklärt, zieht sich das Gericht zur Berathung zurück. Der Gerichtshof beschließt in die Verhandlung einzutreten, um daraus das Ergebniß zu schöpfen, ob eventuell das Verbrechen des Landfriedensbruchs vorliege und die Strafkammer zur Erledigung der Sache inkompetent sei.

Bei der nunmehr beginnenden Vernehmung der Angeklagten, erklärt der erste Angeklagte Franke, daß er drei scharfe Schüsse aus dem sechsläufigen Revolver abgegeben, jedoch nur in äußerster Nothwehr. An der von den Bergleuten provozirten Schlägerei habe er sich absolut nicht betheiligt, sondern sich, als der Tumult begann, mit einigen Parteigenossen an das Büffet begeben. Als dort eine größere Anzahl Bergleute unter Anführung von Liebau und Wunderlich unter Schwingen von Stöcken und Gummischläuchen auf ihn losgestürmt kam und er nach keiner Seite hin ausweichen konnte, habe er den Revolver gezogen und mit lauter Stimme gerufen: „Drei Schritt vom Leibe oder ich schieße!" Als der Trupp sich durch diese Warnung nicht abhalten ließ, sondern nur näher herandrängte, habe er schnell hintereinander drei Schüsse, und zwar auf Liebau und Wunderlich abgegeben und sei dann, da er jetzt den Weg nach der Klappe des Buffets frei bekam, durch das Buffet in die Küche entflohen, wo sich bereits mehrere Personen, so auch der an dem Tage als Kellner fungirende Ritter, befanden. Man habe dann die Küchenthür verschlossen und verbarrikadirt und erst wieder geöffnet, als die beiden Polizeibeamten im Namen des Gesetzes Zutritt verlangten. Dann sei sofort geöffnet worden, und auf die Frage, wer geschossen habe, sei er sofort vorgetreten und habe sich als Thäter bekannt. Dann sei er für verhaftet erklärt worden. Nach diesem habe sich noch die schon erwähnte Szene mit Ritter ereignet, der dem ihn ins Genick packenden Polizeisergeanten Köhler zurief, er sei Kellner und müsse erst seine Kasse abliefern, was R. aber nicht beachtet habe. Daß er einen Revolver bei sich getragen erklärt er damit, daß er erstens schon nach einer am 3. Mai stattgehabten Versammlung überfallen und mißhandelt worden sei und zweitens ihm mehrere Tage vor dem 31. Mai eine Warnung, und zwar von einem Bergmann, dessen Namen er nicht kenne, zugegangen war, sich in Acht zu nehmen, die Bergleute würden ihn todtschlagen. Er habe nur in äußerster Nothwehr zu dem Revolver gegriffen.

Angeklagter Wolf, welcher beschuldigt wird, die Schlägerei begonnen und die andrängenden Bergleute mit einem Papierstock mit Stahleinlage geschlagen zu haben, erklärt, daß er einen Stock, mit welchem ein Schlag nach ihm geführt worden, aufgefangen und festgehalten habe. Erst als die, die Thür förmlich stürmenden Bergleute auf ihn und andere Genossen, die an der Thür standen, um die Bergleute, denen infolge mißliebiger Vorgänge in der früheren Versammlung ausdrücklich der Zutritt verboten war, abzuhalten, losschlugen, habe er in der Nothwehr von dem festgehaltenen Stock Gebrauch gemacht, weiß aber nicht, ob er überhaupt jemand getroffen habe.

Der Angeklagte Ritter bestreitet, sich eines Widerstandes gegen den Polizeisergeanten Köhler schuldig gemacht zu haben. Als Köhler ihn ins Genick gepackt und aus der Küche unter die draußen mit Knüppeln und Gummischläuchen bewaffneten Bergleute habe werfen wollen, habe er sowohl wie der Wirth Kallmeyer und dessen Frau dem K. zugerufen, daß er Kellner sei und erst Kasse machen müsse. Als R. ihn trotzdem dem Ausgange zugeschleppt, habe er in Todesangst sich an den Thürpfosten klammernd gerufen: „Die schlagen mich ja todt!" Trotzdem habe K. ihn hinausgestoßen und sei er dann von den Bergleuten in der grausamsten und unbarmherzigsten Weise mißhandelt worden.

Die Bergleute Lieber, Wunderlich und Glatz bestreiten, irgend jemand mißhandelt zu haben, auch wollen sie weder Stöcke noch Gummischläuche bei sich gehabt, bezw. damit geschlagen haben. Sie sind nach ihren Darstellungen ganz harmlos gewesen und wollen die unschuldigen, von Krüger und Wolf schwermißhandelten Lämmer gewesen sein, stellen auch in Abrede, Franke bedroht zu haben. Wie derselbe dazu gekommen, auf sie zu schießen, ist ihnen gänzlich unerfindlich. Desgleichen bestreiten die angeklagten Bergleute Breithaupt und Neupert, zum Herunterreißen und Demoliren der Embleme und Fahnen aufgefordert, bezw. sich daran betheiligt zu haben.

Angeklagter Krüger hat mit an der Thür gestanden und den Bergleuten zugerufen: „Ihr dürft nicht herein", worauf Wunderlich gerufen: „Wenn nur erst die Polizei kommt, so werden wir schon hinein kommen."

Bergmann Zich behauptet, daß Krüger mit einem harten Gegenstande auf ihn losgeschlagen, er dagegen sich nicht einmal gewehrt, auch sonst niemand etwas zu leide gethan habe.

Desgleichen will auch der Bergmann Günther nur Schläge und einen Stoß vor die Brust erhalten, aber keine Schläge ausgetheilt haben. Wer ihn geschlagen, weiß er nicht anzugeben.

In demselben Sinne lassen sich die angeklagten Bergleute Döttmeyer, Beinroth, Hoffmann und Frieß aus, die sämmtlich in Abrede stellen, geschlagen oder sich sonstwie an dem Tumult betheiligt zu haben.

Polizeisergeant Köhler, zweimal wegen Körperverletzung und einmal wegen Beleidigung vorbestraft, behauptet, daß, als er mit dem Kommissar Rühlmeier das Lokal betreten, die Schlägerei schon beendet und die Schüsse schon gefallen waren, und habe er mit dem Kommissar dann Einlaß in die Küche verlangt, woselbst sie die Verhaftung Franke's vornahmen. Hierauf habe er alle Anwesenden aufgefordert, die Küche zu verlassen und als Ritter diesem Befehle keine Folge geleistet, habe er ihn mit Gewalt entfernt, wobei R. sich widersetzt und ihn an die Brust gefaßt habe. Gesagt zu haben: „Da habt Ihr den Hund, schlagt ihn todt", bestreitet er ebenfalls. Auch will er nicht gehört haben, daß R. ihm als Kellner bezeichnet worden sei. Desgleichen sei unwahr, daß er sich geäußert: „Schlagt die Hunde todt, da kommt nichts danach!" Ferner sei nicht wahr, daß er gesehen, wie die Bergleute auf der Straße auf einen Mann Namens Bischof losgeschlagen und dazu gesagt habe: „den schlagen sie ja wohl noch todt". Richtig sei, daß, als eine Frau ihm gesagt: „den armen Bischof schlagen sie jawohl todt", er geantwortet: „Das schadet nichts! Da freut sich am Ende seine Frau noch drüber!" (Es sei hier nebenbei bemerkt, daß dieser Musterbeamte noch ein Jahr nach jener Affäre im Dienst gewesen ist! D. Ref.) Im übrigen bestreitet auch dieser Angeklagte sämmtliche Anklagepunkte.

Zum Schlusse der Vernehmung der Angeklagten stellt der Präsident dann noch fest, daß Wunderlich in der Nr. 24 des „Bergbote", Organ der reichstreuen Berg- und Hüttenvereine, eine Erklärung erlassen, daß er auf Erkundigung bei der Polizeibehörde, ob die Bergleute sich an das Verbot des Versammlungsbesuches zu kehren hätten, die Antwort erhalten habe: „in eine Volksversammlung könne jeder gehen" und daß der Bürgermeister in einer späteren Nummer dagegen berichtigt habe, daß er diesen Bescheid nicht ertheilt habe, worauf Wunderlich dann mittheilte, daß er nur mit dem Polizeisekretär, nicht aber mit dem Bürgermeister in der fraglichen Angelegenheit verhandelt habe.

Bei der nunmehr beginnenden Beweisaufnahme giebt zunächst der Arzt Dr. Hatzoldt, welcher Wunderlich und Liebau verbunden, sein Gutachten ab, wonach die Schüsse nicht aus unmittelbarer Nähe abgefeuert sein können. Auf die Frage des Staatsanwalts, ob jetzt noch Lebensgefahr für L. u. s. w. vorliegt, giebt der Arzt eine verneinende Antwort.

Zeuge Zober hat die Bergleute in Trupps kommen hören und ist dann sofort hinter das Büffet geflüchtet, von wo er gesehen, wie mit einem Spaten das Fenster über der Thür zertrümmert und in den Saal hinein gestoßen worden ist. Ferner hat er gesehen, daß der Zeuge Bohnefeldt durch einen Schlag oder Stich von außen her verwundet worden, auch daß ein draußen stehendes leeres Bierfaß in den Saal hineingeschleudert worden ist. Die Bergleute waren sämmtlich mit dicken Knüppeln bewaffnet, welche sie bei ihrem Eindringen in den Saal drohend schwangen. Er hat auch deutlich gehört, wie Liebau zu Krüger sagte: „Du wirst jetzt geschlachtet", worauf K. geantwortet hat: „Du schlachtest keinen." Ferner hat er beobachtet, wie ein Trupp Bergleute auf Franke eingedrungen ist und wie Liebau einen Gummischlauch aus der Tasche gezogen, auch hat er gehört, daß Franke die Andrängenden mit Schießen bedroht hat, wenn sie ihm nicht drei Schritt vom Leibe blieben. Erst als sie Knüttel schwingend weiter auf ihn losrückten, hat er geschossen. Auf Befragen des Rechtsanwalts Heine bekundet er dann auch noch, daß er auch gesehen, wie Leute hinausgeworfen und von den Bergleuten empfangen und geschlagen worden sind.

Zeuge Bergmann Hackelberg bestreitet, daß irgend eine Verabredung unter den Bergleuten stattgefunden habe, die Versammlung zu überfallen. Wie viele Bergleute dort gewesen sind, weiß er nicht, behauptet aber, daß sie sich alle ganz ruhig verhalten und den Tumult nicht begonnen hätten. Wie es zu dem Schießen gekommen, weiß er nicht, behauptet aber, auch einen Schuß abbekommen zu haben, was aber nicht festgestellt ist, übrigens auch nach Lage der Sache völlig unmöglich erscheint. Ein Kommando zum Herunterreißen der Fahnen 2c. will er ebenfalls nicht gehört, sich auch daran nicht betheiligt haben.

Zeuge Bergmann Große, der auf Einspruch des Rechtsanwalts Heine nicht vereidigt wird, da er der Theilnahme dringend verdächtig, erklärt, daß er nach der Restauration von Wachsmuth gegangen sei, um dort zu kegeln, daselbst habe er mehrere Kollegen angetroffen, die ihn zur Theilnahme an dem Versammlungsbesuch eingeladen, welcher Einladung er gefolgt, übrigens aber „für seine Person allein" hingegangen sei. Von einer Erregung unter den Bergleuten habe er nichts verspürt. Auf Befragen giebt er zu, daß er am 3. Mai den Franke geschlagen habe, angeblich weil dieser ihn in der Versammlung angerempelt habe. Als Franke von den Bergleuten in die Ecke gedrängt worden, habe er sich, da er bemerkt, daß derselbe in die Brusttasche gegriffen, entfernt. Auf die Frage des Rechtsanwalts Keil, ob er sich nichts Gutes bewußt gewesen, giebt Zeuge die verblüffende Antwort: „Na von solchen Menschen kann man sich doch alles versehen", was Rechtsanwalt Heine zu dem an Franke gerichteten Einwurf veranlaßt: „Die Schläge vom 3. haben Sie aber weg."

Zeuge Erdmenger hat gehört, wie Steiger Schwiering die Bergleute im Garten angefeuert hat. Er hat, als er gesehen, wie brutal die Bergleute auf die hinausbeförderten Versammlungsbesucher losknüppelten, ihnen Vorwürfe gemacht und gesagt: „Es ist doch eine Schmach, daß Ihr unbekannte Personen so grausam mißhandelt!" Rechtsanwalt Keil theilt dem Gericht mit, daß Zeuge früher Bergmann gewesen, aber „abgelegt" worden sei, weil er Sozialdemokrat ist, die Sozialdemokraten aber sämmtlich „abgelegt" würden.

Zeuge Westphal hat gehört, daß Polizeisergeant Köhler gesagt: „Schlagt den Hund todt! Da kommt nichts danach!" und von Frauen hat er gehört, daß Hoffmann den Bischof mit seinem Stiefelabsatz ins Gesicht getreten hat.

Als bei dem Zeugen Bergmann Schöbe Rechtsanwalt Heine den Antrag stellt, auch diesen Zeugen nicht zu vereidigen, erhebt der Staatsanwalt Widerspruch und erklärt, daß auch er dann schon Grund gehabt und wohl in Zukunft noch mehr Gründe haben könne, die Nichtvereidigung von Sozialdemokraten zu beantragen. Dieser Zeuge stellt in Abrede, daß auf dem Ernstschacht davon die Rede gewesen, die Versammlung zu überfallen. Uebrigens hat er nicht gesehen, daß seine Kameraden geschlagen haben.

Zeuge Pallas will einige Tage vor der Versammlung in dem Bergmannsdorfe Wolferode von einem Ueberfall sprechen gehört haben. Da der Staatsanwalt beantragt, diese Personen zu laden, wird ihm die Mittheilung, daß die Ladung bereits erfolgt sei. Pallas hat gesehen, wie Zeuge Schöbe gegen einen alten, auf der Erde liegenden Mann die Bewegung des Schlagens gemacht, ob er wirklich geschlagen, hat er nicht sehen können.

Zeuge Bohnefeld hat gesehen, wie das Thürfenster von außen rausgestoßen und dem Angeklagten Krüger auf den Kopf gefallen ist.

Zeuge Topf, ein 58jähriger Mann, hat mehrere Tage vor der Versammlung gehört, daß ein Ueberfall von seiten der Bergleute geplant worden ist. Als er dann in der Versammlung hörte, die Bergleute kommen angerückt, ist er hinaus in den Garten gegangen und hat ihnen Vorstellungen gemacht. Sofort habe dann Liebau und Wunderlich auf ihn losgeschlagen, so daß er geblutet, worauf sie ihm zugeschrieen: „Du hast genug. Geh' an die Seite!" Als er dann, nachdem er sich das Blut abgewaschen, den Saal wieder betreten, habe er gehört, wie Liebau gegen Franke angerückt und gerufen: „Jetzt haben wir Euch, jetzt werdet Ihr gehackt," worauf Krüger erwiderte: „Hacken lassen wir uns nicht!" Ferner hat er gehört, wie Neupert die Bergleute aufgereizt, „den Plunder" (Fahnen 2c.) herunterzureißen.

Zeuge Bergmann Steinberg weiß ebenfalls nichts von einer Verabredung, dahingegen bekundet der nächste Zeuge, der Lokalbesitzer Kallmeyer, daß er ebenfalls mehrere Tage vor der Versammlung gewarnt worden sei. Als ihm dann die Mittheilung wurde, daß die Bergleute anrücken, habe er die Gartenpforte verschlossen, die sie erbrochen haben. Als sie dann in den Saal hinein wollten, habe er ihnen dies, unter Berufung auf sein Hausrecht verboten, woran sie sich nicht gekehrt, ihn vielmehr mit Todtschlag bedroht hätten. Liebau, Wunderlich und Glatz bezeichnet er auf das bestimmteste als die Anführer. Die Beschuldigung, daß er mit Biergläsern auf die Bergleute geworfen habe, weist er mit Entschiedenheit zurück. Die auf Franke zudrängende Gruppe habe aus 6—8 Mann bestanden. Im übrigen stimmt seine Schilderung mit den Angaben Franke's völlig überein. Breithaupt hat zu ihm gesagt: „Hätten Sie sich zu uns gehalten, wäre das nicht passirt!" Alsdann hat B. von ihm den Schlüssel zur Gallerie gefordert, den er nicht hergegeben hat. B. hat auch aufgefordert Alles herunter zu reißen.

Zeugin Frau Kallmeyer hat gesehen, daß Wunderlich und Liebau bei ihrem Eindringen auf Franke Stöcke gehabt. Als die Schüsse gefallen, habe sich der „Knäuel", der Franke in die Ecke gedrängt, gelöst. Das Renkontre zwischen Ritter und Köhler schildert sie in derselben Weise wie Ritter.

Mit dieser Zeugin läßt der Präsident, da es inzwischen 5½ Uhr geworden, für heute Schluß eintreten. (Fortsetzung morgen 9 Uhr.)

Der Prozeß gegen den Kommerzienrath Anton Wolff wegen betrügerischen Bankrotts wurde heute vor dem Schwurgericht des hiesigen Landgerichts I verhandelt. Wolff ist bekanntlich wegen zahlreicher Unterschlagungen im Betrage von 5 144 000 Mark zu 10 Jahren Gefängniß und 5 Jahren Ehrverlust verurtheilt. Der Thatbestand ist unseren Lesern aus dem früheren großen Prozeß bekannt. Die Geschworenen verneinten die Frage der betrügerischen Absicht, so daß Wolff nur des einfachen Bankrotts schuldig erklärt wurde. Der Gerichtshof erkannte auf zwei Jahre Gefängniß, die jedoch auf die bereits erkannten 10 Jahre Gefängniß mit eingerechnet wurden.

Die Voruntersuchung gegen den Bankier Schultze aus der Oberwallstraße, welcher der Unterschlagung zahlreicher Depots beschuldigt wird, ist nunmehr abgeschlossen und die Anklage wird dem Beschuldigten nunmehr zugestellt werden. Die Verhandlung wird erst in der Schwurgerichtssitzung des Monats Mai stattfinden. Der Angeklagte wird durch den Rechtsanwalt Richard Wolff vertheidigt. — Gegen den jungen Kaufmann Cohn aus Stettin, welcher unter dem Verdachte verhaftet worden ist, einem hiesigen Dienstmädchen, zu welchem er Beziehungen unterhalten hatte, eine vergiftete Torte zugesandt zu haben, ist die Anklage wegen versuchten Mordes nunmehr erhoben und dem Vertheidiger, Rechtsanwalt Dr. Gotthelf, zugestellt worden. — Am 3. d. M. wird sich der Ingenieur Paasch wegen Beleidigung durch die Presse vor der VII. Strafkammer zu verantworten haben. Es handelt sich dabei weder um die Affäre v. Brandt, noch um die neue Anklage.

Soziale Uebersicht.

Der Streik in der Kistenfabrik von Mannheim, Wasserthorstr. 9, ist zu gunsten der Arbeiter beendet. Trotzdem der Unternehmer sich einige Dutzend Stellmacher von der Herberge geholt hatte, ist es ihm doch nicht gelungen den Arbeitern Trotz zu bieten, denn am Sonnabend war er froh, daß er seine Leute wieder hatte, und sämmtliche Streikbrecher mußten Nachmittag die Fabrik verlassen. Zur großen Ehre der Kistenmacher sei noch bemerkt, daß nur einer hineingelaufen ist und nur dann, als ihn seine Frau des Mittags hineingetrieben hat.

Achtung, Filzschuharbeiter.

In der Filzschuhfabrik von Simon u. Komp., Neue Königsstraße 89 ist der Streik zu gunsten der Arbeiter beendigt. Der eine Streikbrecher ist entlassen worden.

Die Lohnkommission der Filzschuharbeiter Berlins.

In Wien streiken seit vier Wochen 90 Perlmutter-Drechsler wegen schlechter Arbeitsverhältnisse. Zuzug ist aufs strengste fernzuhalten.

In Gmünd weigerten sich, wie die „Schwäbische Tagwacht" mittheilt, am Sonnabend früh sämmtliche Arbeiterinnen der Wöhler'schen Bijouteriefabrik, die Arbeit aufzunehmen, weil ihnen von dem durch Stückarbeit erzielten Mehrverdienst ein ungerechtfertigter Abzug gemacht werden sollte. Als aber die Prinzipale die Einmüthigkeit der Arbeiterinnen spürten, standen sie von ihrem Vorhaben ab. Diese wackeren Schwabenmädel können gar vielen Arbeiterinnen und Arbeitern als Beispiel dafür dienen, wie man sich dem Unternehmerthum gegenüber verhalten soll, wenn es sich um Verschlechterung der Arbeitsbedingungen handelt. Trotz der Geschäftskrisis würde die Lebenshaltung der Arbeiterschaft eine bessere sein, wenn mehr Einmüthigkeit unter ihr herrschte.

Die Flunkerei der Agrarier, durch die Herabsetzung der Zölle sei das Brot nicht billiger geworden und damit wäre erwiesen, daß der Zoll vom Auslande, nicht vom Konsumenten getragen werde, wird so recht ins Helle gerückt durch folgende Statistik, die das Kaiserliche statistische Amt über die vorjährigen Berliner Preise für Roggenbrot, Roggenmehl und Roggen veröffentlichte. Danach stellten sich im Jahre 1892 die Preise für je 100 Kilogramm

	Roggenbrot	Roggenmehl	Roggen
Januar	33,89	30,21	22,45
Februar	34,53	29,18	20,95
März	33,37	29,07	20,59
April	32,78	26,80	19,92
Mai	31,93	26,88	19,78
Juni	31,64	26,13	19,57
Juli	30,28	25,19	18,53
August	28,84	20,33	14,82
September	26,18	19,73	14,47
Oktober	25,09	19,11	14,02
November	23,31	17,99	13,44
Dezember	22,45	17,46	13,08

Vom höchsten Stande, meint die „Frankf. Ztg.", ist also im Laufe des Jahres der Roggenpreis um 9,37 M. und der Brotpreis um 12,08 M. gefallen; in derselben Zeit, in der das Korn einen außerordentlichen Preisfall durchgemacht, hat auch der Brotpreis eine außerordentliche Herabsetzung erfahren. Das Schlußergebniß ist, daß in Berlin 5 Pfund Roggenbrot, welche im Anfange des Jahres den sehr hohen Preis von 0,86 M. kosteten, im Monat Dezember für 0,56 M. zu haben waren, mithin im Laufe des Jahres um 0,30 M. billiger geworden sind. Die Zahlen zeigen die Wechselwirkung zwischen Getreide- und Brotpreis denn doch sehr deutlich auf. In England, das keinen Schutzzoll besitzt, ist das Brot um 25—50 pCt. billiger als in den Schutzzoll-Ländern.

Die Zimmerer Thüringens und der angrenzenden Provinzen halten ihren diesjährigen Verbandstag am 4. April in Eisenach ab.

Versammlungen.

Der Allgemeine Unterstützungsverein der Töpfer Deutschlands, Filiale Berlin, hielt am 19. Februar seine erste Generalversammlung ab. In derselben wurde die Abrechnung verlesen, aus welcher hervorgeht, daß seit Gründung der Filiale 140,95 M. eingenommen und 99,89 M. ausgegeben worden sind. Es verbleibt somit ein Kassenbestand von 41,06 M. Des ferneren geht aus der Abrechnung hervor, daß die Filiale stetig an Mitgliedern zunimmt. Unter Vereinsangelegenheiten besprach die Versammlung die Zustellung des Fachorgans und beschloß, daß dasselbe den Mitgliedern, die ihre Adresse dem Kollegen Manthe, Putbuserstr. 17 oder im Verkehrslokal bei Wernau, Rosenstr. 30, bekannt gegeben haben, unter Kreuzband zugesandt werden soll. Unter Verschiedenem theilte der Kollege Greier mit, daß sein Versuch zur Herbeiführung einer Einigung unter den Kollegen leider mißglückt sei. Nachdem der Spandauer Streik noch erörtert und die Filiale gegen die verschiedenen Angriffe, die gegen sie in dieser Angelegenheit gefallen, vertheidigt worden war, wählte die Versammlung den Kollegen Paul Weber zum Schriftführer.

In Weißensee hielt am 21. Februar der dortige Arbeiterverein eine von 200 Personen besuchte Versammlung ab. Genosse Reichstags-Abgeordneter Geyer referirte in derselben über die politische Lage und legte in seinem Vortrage treffend die ganze Zerfahrenheit der heutigen politischen und sozialen Verhältnisse dar. Am Schluß seiner Ausführungen wies Geyer darauf hin, daß die Arbeiterschaft durch eine starke politische und gewerkschaftliche Organisation, sowie durch fortwährende Ausnutzung der ihr zustehenden spärlichen politischen Rechte trachten müsse, zu besseren Zuständen zu gelangen. Nur durch fortwährenden Kampf könne die Befreiung des Proletariats errungen werden. An der Diskussion betheiligten sich die Genossen Reibetanz, Gerstenberger und Posselt. Dieselben forderten gleich dem Referenten die Anwesenden auf, sich dem sozialdemokratischen Arbeiterverein anzuschließen. Nachdem die Versammlung über den von einem Unabhängigen gestellten Antrag, der Referent möge aufs Schlußwort verzichten, damit durch dasselbe das selbständige Urtheil der Menge nicht „vergewaltigt werde", zur Tagesordnung übergegangen war, fand ein Antrag Annahme, auf den Gräbern der Märzgefallenen am 18. März einen Kranz niederzulegen. Sodann wurde die Abrechnung vom Stiftungsfest verlesen. Es erging ferner noch die Aufforderung an die Versammelten, bei Bedarf von Arbeiterblättern und Parteibroschüren den Genossen Klaar, Sedanstraße 6, zwei Treppen, zu berücksichtigen. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie wurde sodann die Versammlung geschlossen.

Putzmacherinnen, Feder- und Blumenarbeiter und Arbeiterinnen. Oeffentliche Versammlung heute, Mittwoch, Abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20. Vortrag des Genossen Roland.

Verband der Geschäftsdiener, Packer und Hausgenossen. Große Versammlung heute, Mittwoch, den 1. März, Abends 9 Uhr, im Schützenhause, Linienstr. 5. Berichterstattung der in der letzten öffentlichen Versammlung gewählten Deputation.

Club der Wanderfreunde. Monatssitzung am Mittwoch, den 1. März. Wahl der Revisoren.

Landsmannschaft Schleswig-Holsteiner zu Berlin. Versammlung der Landsleute mit Damen am Mittwoch, den 1. März, Abends 8½ Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20.

Arbeiter-Bildungsschule. Mittwoch, Abends 8½—10½ Uhr: Süd-Schule, Hagelsbergerstr. 43: Unterricht in Geschichte (alte); Süd-Ost-Schule, Reichenbergerstr. 133: Unterricht in Deutsch (oberes, Logik), Rechnen (unteres). Nord-Schule, Müllerstr. 179a: Unterricht in Deutsch (mittl. und unt.), Mathematik und mathematische Geographie. In allen Unterrichtsfächern, mit Ausnahme Mathematik und Buchführung, können noch Schüler und Schülerinnen, auch jetzt im Laufe des Semesters, eintreten.

Vermischtes.

Das Dresdner Schwurgericht verurtheilte den wegen Mordes angeklagten Former Wehner aus Elsterwerda, welcher im Oktober vorigen Jahres sein 10 Wochen altes Kind getödtet hatte, wegen Todtschlags und wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt zu 10 Jahren 4 Monaten Zuchthaus.

In Wien hat ein außerordentlich begabtes Kind, ein 13jähriger Schulknabe, der in allen Gegenständen des Unterrichts die Zensur 1 bekam, Banknoten gefälscht, um seinen arbeitslosen Eltern über die bitterste Noth hinwegzuhelfen. Das Kind wurde nebst den Eltern dem Landgericht eingeliefert. Das ist wieder eins der vielen trüben Bilder aus der gegenwärtigen Gesellschaft, in der sich die Bachem und Eugen Richter so wohl fühlen, weil's ihnen an nichts fehlt.

Internationale Zeitungsstatistik. Unter den europäischen Ländern ist Deutschland das zeitungsreichste; es zählt 5500, darunter 800 tägliche; dann folgt England mit 3000, darunter 809 täglich; Frankreich mit 2819, darunter 700 täglich; Oesterreich-Ungarn mit 1200, davon 150 täglich; Spanien 850, davon ein Drittel täglich; Rußland 800; die Schweiz 450; Italien, das hinter der kleinen Schweiz zurücksteht, fehlt auf der Liste, die überhaupt nicht ganz genau ist. Im Ganzen werden in Europa 20 000 Zeitungen gedruckt. Asien hat 3000, von denen die meisten in Indien und Japan erscheinen. Afrika hat 200 Zeitungen aufzuweisen — meist in Algerien und im Capland. Amerika ist der zeitungsreichste Erdtheil. Die Vereinigten Staaten allein haben 12 500 Zeitungen, Canada 700. Australien hat 700 Zeitungen. Im ganzen kommt eine Zeitung auf 82 600 Personen, was natürlich nicht heißen soll, daß dies die Durchschnittszahl der Abonnenten sei. Die höchsten Abonnentenstände sind in England und den Vereinigten Staaten.

Depeschen.

Privat-Telegramm des „Vorwärts".

Dortmund, 28. Februar. Das Landgericht verurtheilte den Redakteur der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung", Dr. Diederich, wegen dreifacher Beleidigung zu 8 Monaten Gefängniß und den Bergmann Bölger zu drei Monaten, weil er die Bergleute zur kündigungslosen Arbeitseinstellung aufgefordert haben soll.

Briefkasten der Redaktion.

W. W., Einsetzer. Dem Irrthum lag ein Schreibfehler Ihrerseits zu Grunde. Wir tragen somit nach, daß die 20 M. dem betreffenden Kollegen nicht bewilligt worden sind.

Zopfbrüder 259. § 100e der Gewerbe-Ordnung räumt Innungen unter Umständen das Privileg ein, daß nur ihre Mitglieder das Recht haben, Lehrlinge zu halten. Wahrscheinlich ist die von Ihnen erwähnte Innung um dies Vorrecht eingekommen. Sie sehen also, daß Sie einen zu hohen Begriff von der Gewerbe-Ordnung hatten.

Julius Rückert. Die Berichtigung ist uns, wie Sie im heutigen Briefkasten ersehen, schon von anderer Seite zugestellt worden. Im übrigen geben wir auf Ihren Wunsch an dieser Stelle bekannt, daß Sie in der betr. Versammlung nicht behauptet haben, daß die Maurer-Ortskasse durch den Gewerks-Krankenverein in die bedrängte Lage gerathen ist.

Paul Raupach. Sprechen Sie Abends von 7—8 in der Redaktion vor.

H. H. Cölln. Wenden Sie sich mit Ihrer Frage an J. H. W. Dietz, Stuttgart, Furthbachstr. 12.

G. K., Stettin. Der Streit zwischen Medizinern und Nicht-Medizinern gehört nicht in den „Vorwärts", sondern in die Blätter, welche sich mit Gesundheitswissenschaft beschäftigen.

R. R., Zimmerstraße. 1. Die Mutter erbt die Hälfte des gemeinschaftlichen Vermögens, die Kinder die andere Hälfte. 2. Nein.

Wette E. H., Charlottenburg. Der Gerichtsvollzieher ist nach § 678 der Zivilprozeß-Ordnung zur Durchsuchung der „Wohnung und der Behältnisse des Schuldners" befugt. In der Praxis werden unter „Behältnisse" auch die Taschen des Anzugs des Schuldners verstanden und daraus und aus § 712 I. P.-O. das Recht zur Durchsuchung dieser „Behältnisse" auch auf der Straße hergeleitet. Nach dieser Praxis steht dem Gerichtsvollzieher ein Recht zur Pfändung auf der Straße zu; indessen findet die Praxis nicht durchweg Billigung. Die erstere Praxis halten wir für die den gesetzlichen Bestimmungen entsprechende.

Fr. B., Wiesenstr. Das Mädchen muß bei der Polizeibehörde auf Untersuchung des Falles und Ertheilung eines der Wahrheit und dem Gesetz entsprechenden Zeugnisses gegen die Dienstherrschaft klagen.

U. L. Die Mitglieder eines Vereins, die sich nach Schluß des Lokals im Gastzimmer aufhielten, Billard oder Karten spielten, sind dem Gesetz entsprechend als Gäste erachtet und der Schluß des Lokals auch ihnen gegenüber mit Recht verlangt. Es giebt leider kein Mittel gegen die Polizeistundenhärten.

Klempner 4. Sie nehmen auf eine frühere Anfrage und Antwort Bezug: Wann ist Anfrage und Antwort ergangen? Eventuell wollen Sie die Sachlage nochmals voll darlegen.

L. W. Ob der Wirth auf Ihre Kündigung geantwortet hat, ist ohne Einfluß auf die Giltigkeit der Kündigung. Ob die Kündigung rechtzeitig oder verspätet erfolgt ist, läßt sich, da der Kontrakt und die näheren Daten fehlen, nicht angeben.

Berlinerstr. 70. Die Sachen des Schlafburschen dürfen Sie ohne dessen ausdrückliche Genehmigung nicht verkaufen. Sie haben nur das Recht, das Restschlafgeld einzuklagen und sodann die Sachen pfänden zu lassen.

2500. Nur Ein verschließbarer Gegenstand muß der Familie belassen werden; die Anschaffung seitens der Frau würde Ihnen nicht nützen.

Bodensee. Eine gerichtliche Klage hätte unseres Erachtens Aussicht auf Erfolg. Ob Fuhrkosten vom Patienten verauslagt werden oder ob die Kosten dadurch verauslagt werden, daß der Bandagist von der Stadt in das Dorf fährt ist doch Mus wie Mine. Die Transportmittel sind zu ärztlichen Hilfeleistungen zu rechnen. Nicht der Wortlaut, sondern der Sinn des Gesetzes entscheidet: legen Sie das vor dem Gericht klar.

R. H. Wenden Sie sich direkt an Stadtverordneten Borgmann, Pappel-Allee.

Henschke. Ja, ja.

Briefkasten der Expedition.

Für die Bergarbeiter gingen ferner ein:

Treppengeländerfabrik von Lindgreen, Rixdorf 5,50. Geburtstagsfeier bei Kammrath, Treskowstraße 2,50. Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Knopfarbeiter, 2. Rate 30,—. Sudenburger Männergesangverein Einigkeit 32,—. Gesammelt beim gemüthlichen Landwehrtopf Bergstr. 57 1,95. Von den Arbeitern der Wilke'schen Fabrik, Fehrbellinerstr. 14 7,—. Tischlerei Hulsebeck und Kroll, Vierprozente 10,—. R. D. 3,—. Von Posamenten-Arbeitern und -Arbeiterinnen Berlins, 4. Rate 4,20. 4 rothe Skatbrüder aus der Köpenickerstraße 5,—. Verband deutscher Buchdrucker, Mitgliedschaft Zittau durch E. Bruntsch 10,—. Summa 111,15 M. Bereits quittirt 12 206,35 M.; in Summa 12 317,50 M.

Gefärbt wird für 2,50 bis 3,00 Mark

in allen Farben: Damenkleider, Ueberzieher, Röcke, im Ganzen oder getrennt. Möbelstoffe à M. 1,—. Auch Betten und Tischdecken à Stück 1,25 Mark. Steppdecken à Stück 2 bis 2,50 M.

Damenkleider, chemisch gereinigt 2,50—3 Mk.

Herren-Anzüge gereinigt und gebügelt 2,50 M. Abholung u. Zustellg. kostenfrei.

Gegründet 1875. **A. Pergandé.** Gegründet 1875.

Hauptgeschäft: Waldemarstr. 52, vis-à-vis Bethanien

Filialen: 668L

Görlitzerstr. 43, Reinickendorferstr. 8a. Potsdam: Nauenerstr. 18.

J. Semmel, prakt. Zahnarzt, Oranienstr. 55 (Moritzplatz). Sprechst. werktägl. 8—6, Sonntags 9—1.

Dr. Thompson's Seifenpulver

ist das beste und im Gebrauch billigste und bequemste

Waschmittel der Welt.

Nicht zu verwechseln mit geringwerthigen Nachahmungen, die in neuerer Zeit unter den Namen „Seifen-Extract" 2c. angeboten werden. 3510L

Beachtenswerth!

Vom 1. März ab [1564b

Bockbier- u. Schultheiß' Ausstich,

gutes Weißbier u. Frühstückstisch ganz vorzüglich, wozu Freunde u. Bekannte einladet: Vertreter

Hermann Krüger,

W., Bülowstr. 70. früher Nigisch.

66. **Resterhandlung.** 66.

Billig Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Kammgarn, auch pass. zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie zu Wintermänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt und Spitzen. [3710L*

Auf Wunsch Alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge

66. **Karle, Waldemarstrasse 66.**

T. M. Retzlaff,

Brückenstr. 6 (Jannowitzbrücke).

Betten-, Bettfedern- und Daunen-Handlung

Großer Umsatz! Geringer Verdienst!

En gros. En detail.

Spezialität: Mikado-Federn und Daunen.

Theilzahlung gestattet!

Bettenreinigung mit Dampfbetrieb.

Kinderwagen-Ausverkauf

Jerusalemerstraße 42 I und Brunnenstraße 6 part.

Einige ältere Muster sollen, um damit zu räumen, zu außerordentl. ermäßigten Preisen ausverkauft werden. 3701L*

Elegante **Einsegnungs-Anzüge** in Jaquet-Façon, blau u. schwarz, in nur guten Stoffen von 15 M. an.

Julius Lindenbaum, Berlin O., Frankfurterstr. 139.

Genossenschafts-Brotverkauf Schlegelstr. 28.

Meyer's, Brockhaus' Lexikon, Bücher u. ganze Bibliotheken kauft stets **Hannemann,** Rochstr. 56, 1 Tr.

Allen Genossen empfehle mein **Blumengeschäft nebst Kranzbinderei.** A. Krause, 37089* Wienerstraße Nr. 11.

* **Maskengarderobe,** neu, f. Herren und Damen, preiswerth, Hochzeitskleider Gesellschafts- u. Ballkleider, Neanderst. 34,

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins Andreasstr. 23. Hp

1000 Mark werden zu 9 pCt. von durchaus sicherem Privatbeamten zu leihen gesucht. Gefl. Adressen sub Z. 20 in der Expedition dieser Zeitung erbeten. 1587b

Kleine Wohnungen, 1 Zimmer, Küche, Boden u. alleinigem Korridor, 168—246 M. per 1. April Lübeckerstraße 40. 1588b

L. Stube an Hrn., auf Wunsch möbl., sogl. bei Ww. Anderßon, Adalbertstr. 72.

Möbl. Schlafst. n. v., 7 M. Adalbertstraße 84, Ww. Gesch. 1585b

Jede Uhr zu repariren (außer Bruch) unter Garantie kostet bei mir **1,50 Mk.** Kleine Reparaturen entsprechend billiger. **Uhren, Gold- u. Silberwaaren**

C. Wunsch, Paunstr. 38, a. d. Oranienplatz

KRONEN-GARN 1000 YARDS

Bestes Nähgarn!

Säle z. Versamlg. u. Gesellschft. unentgeltlich [806b] Oranienstr. 180.

Arbeitsmarkt.

Ich suche für meinen Neffen, der Schlosser lernen will, einen tüchtigen Meister. **Karl Voges,** Sorauerstr. 29.

Bügler auf Regenmäntel, Lohn 24 M., verl. Schneeberg, Straußbergerstr. 5.

Marmorschleifer 1591b verlangt **Sasse,** Kottbuser Damm 83.

Einpacker verlangt 1590b **Neumann, Hennig & Co.,** Goldleistenfabrik, Reichenbergerstr. 47.

Ein mit Buchführung und schriftlichen Arbeiten vertrauter Parteigenosse sucht passende Nebenbeschäftigung für halbe Tage. Gefl. Offerten unter K. L. 13 besorgt die Expedition. 3747Z

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.